

# **ENGAGIERT & DEMOKRATISCH BLEIBEN**

**Handlungsempfehlungen zum Umgang  
mit der extrem rechten AfD**



# INHALT

Editorial ..... 3

**EINLEITUNG: ENGAGIERT UND  
DEMOKRATISCH BLEIBEN! ..... 4**

**DRIFT NACH RECHTS – HINTERGRÜNDE  
UND EINSCHÄTZUNGEN ..... 10**

Es gibt keine einfache Erklärung ..... 11

Spinne im braunen Netz ..... 19

Die Macht der Lüge ..... 25

**WIE UMGEHEN MIT DER AFD?  
EMPFEHLUNGEN FÜR DIE PRAXIS ..... 32**

Demokratie ist nicht neutral! ..... 33

Haltung zeigen – jetzt erst recht! ..... 41

Position beziehen – mit Sicherheit! ..... 47

Demokratie verteidigen – in der Kommune! ..... 55

**BERATUNG UND UNTERSTÜTZUNG ..... 58**



**LIEBE LESER\*INNEN,**

jede\*r Fünfte hat bei der zurückliegenden Bundestagswahl die AfD gewählt. Damit dürfte es kaum noch Menschen in unserer Gesellschaft geben, die keine Wählenden oder Sympathisant\*innen der Partei in ihrem Umfeld haben. Die Begegnungen mit extrem rechten Ideologien im Alltag häufen sich – seien es antisemitische Äußerungen auf dem Sportplatz, Witze auf Kosten von Geflüchteten am Arbeitsplatz, Verschwörungserzählungen in der Familie, rassistische Hetze von Nachbar\*innen oder allein die Präsenz von AfD-Politiker\*innen, die zum Beispiel bei einer Schulveranstaltung auf dem Podium oder im Stadtrat auf dem Nebenplatz sitzen.

Seit über 20 Jahren unterstützt die Mobile Beratung Menschen und Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus und für eine demokratische Kultur engagieren wollen – aus der Überzeugung heraus, dass eine starke Zivilgesellschaft die beste Prävention gegen extrem rechte Ideologien und Entwicklungen ist. Sowohl Nachbarschaftsbündnisse und Vereine als auch Kirchen, Kultureinrichtungen oder Schulen: Es sind die Menschen und Institutionen vor Ort, die die Bedrohungen durch Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen als Erste zu spüren bekommen – und die gemeinsam überlegen können, was sie in ihrer Stadt oder ihrem Dorf dagegen tun wollen. Die Mobile Beratung bietet Hilfe zur Selbsthilfe, um nachhaltig gegen Störungen der Demokratie aktiv werden zu können.

Mit dem Erstarren der AfD nehmen auch die Anfragen an die Mobilen Beratungsteams zu: Wie kann mit den Konsequenzen umgegangen werden, die der wachsende Zuspruch für die Rechtsaußenpartei bedeutet? Wie können sich Engagierte und Kommunalpolitiker\*innen vor Angriffen schützen? Darf ich die AfD überhaupt kritisieren oder muss ich mich „neutral“ verhalten? Und wie können Engagierte engagiert bleiben?

Diese Publikation setzt sich mit der Gefährdung der Demokratie durch die AfD auseinander, was durch die Einstufung als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ vom Verfassungsschutz unterstrichen wird. Sie zeigt Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland auf, ordnet die Partei ein in das größere Netzwerk extrem rechter Strukturen in Deutschland und erklärt die Rolle von Politik, Medien und zivilgesellschaftlichem Engagement. Vor allem aber bündelt diese Handreichung die Expertise aus der Mobilen Beratung, um Handlungsempfehlungen für Fachkräfte und Engagierte zu geben. Nutzen Sie diese Publikation nicht nur, um sich zu informieren. Nutzen Sie sie auch zur Motivation, um engagiert und demokratisch zu bleiben!

# **EINLEITUNG**

# ► Engagiert und demokratisch bleiben!

**Wie die AfD die Demokratie zermürben will und wie wir uns dagegen wehren können. Eine Einleitung.**

**„Wir werden sie tatsächlich jagen“: Was die AfD-Vorsitzende Alice Weidel am Abend der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 vor laufenden Kameras ankündigte, ist für viele demokratisch Engagierte schon längst Realität. Die AfD setzt auf Einschüchterung und Delegitimierung. Aber wir sind nicht machtlos.**

In Brandenburg drohte die AfD vor der Landtagswahl 2024, im Falle eines Wahlsiegs den Landesjugendring zu „zerschlagen“ und die Fördermittel zu streichen. Unter anderem die Landesjugendfeuerwehr zeigte sich besorgt. Der Präsident des Landesfeuerwehrverbands forderte: „Schaut genau hin, wen und was Ihr wählt – welche Konsequenzen daraus resultieren.“<sup>1</sup> In Bayern sorgte die Partei für ähnliche Aufregung, weil sie die Bundesförderung für Beratungs- und Bildungsangebote im Themenfeld Demokratie gleich ganz abschaffen wollte.<sup>2</sup> In etlichen Kommunen und Landkreisen bundesweit wird auf Initiative der AfD teils emotional über die lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ diskutiert, die Projekte zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt fördern. Die Partei fordert in der Regel ihre Abschaffung.<sup>3</sup>

In Sachsen-Anhalt will die AfD die Landeszentrale für politische Bildung schließen<sup>4</sup>, die Partei wirft der seit 30 Jahren bestehenden Institution „politische Indoktrination“ vor. Auch viele Kultureinrichtungen stehen im Fokus von extrem rechten Kampagnen. Die AfD agitiert gegen vermeintliches

„Gesinnungstheater“ und verlangt die Kürzung von Fördergeldern für Museen oder Änderungen im Programm von Theatern.<sup>5</sup> In Sachsen hat die AfD-Fraktion mit einem Untersuchungsausschuss versucht, die Förderpraxis des Sozialministeriums als rechtswidrig darzustellen, und konnte dabei mutmaßlich viele personenbezogene Daten von Mitarbeitenden in geförderten Projekten einsehen.<sup>6</sup>

Die AfD in Hannover hat Vereine, die Migrationsberatung anbieten, per Brief aufgefordert, ihnen Rechenschaftsberichte zu ihrer Arbeit vorzulegen.<sup>7</sup> Unter anderem die Liberale jüdische Gemeinde zeigte sich irritiert: Alle notwendigen Berichte lägen der Verwaltung und den Fraktionen ohnehin vor. Was für die Vereine bleibt: Druck und Verunsicherung.

Überall im Land beklagen kommunale Amts- und Mandatsträger\*innen verbale und schriftliche Anfeindungen – vor allem von Menschen aus den eigenen Gemeinden.<sup>8</sup> In Neubrandenburg trat der seit zehn Jahren amtierende Oberbürgermeister wegen einer „Hasswelle“ zurück.<sup>9</sup>

Auf dem AfD-Parteitag im Januar 2025 kündigte Alice Weidel an, im Falle eines Wahlsiegs alle Einrichtungen der Gender Studies an den Hochschulen zu schließen und die Professor\*innen zu entlassen.<sup>10</sup> Wissenschaftliche Erkenntnisse zur Klimakrise werden von der Partei als „Klimahysterie“ diffamiert. Was in Schulen und Bildungseinrichtungen jedoch vor allem zu Unsicherheit und Sorge führt, sind die Versuche, durch Verweis auf das Neutralitätsgebot

eine kritische Auseinandersetzung mit der AfD im Unterricht zu verhindern. Internetseiten wie das „Infoportal Neutrale Lehrer“ in Niedersachsen und das „Portal Neutrale Schule Hamburg“ oder der Leitfaden „Neutralität statt Ideologie an Schulen in Hessen“ sollen den Druck auf Lehrkräfte erhöhen. Das zeigt Wirkung: Seit Jahren ist die Beratung von Schulen zum Umgang mit diesen Herausforderungen ein Schwerpunkt der Mobilen Beratungsteams.



Die Wirkung rechter Attacken und Kampagnen geht weit über die vordergründigen Ziele hinaus – und genau das soll sie auch. Das Klima vor Ort verändert sich, Menschen und Organisationen überlegen, ob sie sich dem erwarteten Gegenwind aussetzen – und entscheiden sich unter Umständen, lieber auf allzu pointierte Äußerungen zu verzichten. Die Räume für demokratisches Engagement werden enger, Anfeindungen und Bedrohungen werden nicht mehr als Ausnahme, sondern als alltäglich und damit als Normalität wahrgenommen. Das spiegelt sich in der steigenden Zahl rechter Straftaten.

### **DIE FOLGEN: BEDROHUNG, VERUNSICHERUNG UND EINSCHRÄNKUNG**

Die geschilderten Attacken und Kampagnen sind bloß einige Beispiele von vielen. Ihre Wirkung geht weit über die vordergründigen Ziele hinaus – und genau das soll sie auch. Das Klima vor Ort verändert sich, Menschen und Organisationen überlegen, ob sie sich dem erwarteten Gegenwind aussetzen – und entscheiden sich unter Umständen, lieber auf allzu pointierte Äußerungen zu verzichten. Es kommt aber auch vermehrt zu rechten Schmierereien, zu Sachbeschädigungen und Beleidigungen, ob über die sozialen Medien oder persönlich an der Supermarktkasse. Die Räume für demokratisches Engagement werden so enger, Anfeindungen und Bedrohungen werden nicht mehr als Ausnahme, sondern als alltäglich und damit als Normalität wahrgenommen.<sup>11</sup>

Das spiegelt sich in der steigenden Zahl rechter Straftaten. 2024 stieg die Zahl solcher Taten gegenüber dem Vorjahr um fast 50 Prozent an. Auch die Zahl rechter Gewalttaten erreichte mit 1488 Fällen einen neuen Rekordwert.<sup>12</sup> Nach Angaben der unabhängigen Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt erlebten 2023 täglich mindestens neun Menschen rechts, rassistisch oder antisemitisch motivierte Gewalt.<sup>13</sup>

Für viele Menschen, die sich in Kommunalverwaltungen, Unternehmen, Kirchengemeinden, Sportvereinen, Migrant\*innenorganisationen oder Initiativen für Demokratie einsetzen, ist daher mittlerweile klar: Als Konsequenz für ihr Handeln rechnen sie mit Bedrohungen. Die AfD, vom Verfassungsschutz jetzt bundesweit als „gesichert rechtsextremistisch“ eingeschätzt, wird dabei von Engagierten „als äußerst relevant benannt“.<sup>14</sup>

## Attacken auf Politiker\*innen, Fachkräfte, Engagierte

Zwischen 2021 und 2024 ist in Deutschland ein besorgniserregender Anstieg rechter Gewalt sowie von Übergriffen auf Politiker\*innen und Engagierte zu verzeichnen. Dieser Trend manifestiert sich sowohl in der Zunahme extrem rechts motivierter Straftaten als auch in spezifischen Vorfällen, die die Gefährdung demokratischer Akteur\*innen verdeutlichen.

### Kontinuierlicher Anstieg extrem rechter Straftaten

2022 – Das Bundesamt für Verfassungsschutz registriert 20.967 extrem rechte Straf- und Gewalttaten.

2023 – Gesamtzahl steigt auf 25.660 Delikte, was einem Anstieg um 22,4 Prozent entspricht. Die Zahl der extrem rechten Gewalttaten erhöht sich um 13 Prozent auf 1.148.

2024 – Erneuter Anstieg auf insgesamt 42.788 Delikte, was einem Zuwachs um 47,8 Prozent entspricht. Die Zahl extrem rechter Gewalttaten steigt um 17,2 Prozent auf 1488 Taten.

### Bedrohungen, Einschüchterungen & Übergriffe auf Politiker\*innen und zivilgesellschaftlich Engagierte

2023 – Der Verband der Beratungsstellen (VBRG) verzeichnet 2.589 extrem rechts, rassistisch und antisemitisch motivierte Angriffe, was einem Anstieg von über 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

2023 – Laut Bundeskriminalamt (BKA) werden 5.400 Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger\*innen registriert.

2024 – Während des Europawahlkampfes kommt es zu Angriffen auf Wahlkampfhelfende verschiedener Parteien. Beispielsweise wird am 3. Mai 2024 der SPD-Politiker Matthias Ecke in Dresden beim Plakatieren attackiert und schwer verletzt.

2025 – Übergriffe auf Wahlhelfer\*innen bei der Bundestagswahl, darunter Schläge, Tritte und verbale Bedrohungen.<sup>15</sup>

### DIE AfD: KNOTENPUNKT IM EXTREM RECHTEN NETZWERK

„Nicht die AfD wird ausgegrenzt, sondern sie selbst grenzt sich inhaltlich und formal aus. Inhaltlich grenzt sie sich da aus, wo ihre Positionen antidemokratisch, nationalistisch und rassistisch sind. Formal grenzt sich die AfD mit ihrer pauschalen Rhetorik gegen das ‚Altparteienkartell‘, das ‚Gutmenschentum‘, den ‚Tugend-Terror‘, die ‚Lügenpresse‘ usw. aus. Wenn die AfD behandelt werden will wie andere Parteien, muss sie sich glaubwürdig von

rechtsextremem und -populistischer Programmatik und Rhetorik sowie dem entsprechenden (Spitzen-) Personal trennen. Dies würde allerdings eine mittlerweile unwahrscheinlich gewordene Wandlung der vielerorts von ihrem völkisch-rechtsextremen Flügel dominierten Partei erfordern.“

Diese Zeilen schrieben wir vor fünf Jahren in der Vorgänger-Handreichung zum „Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen“. <sup>16</sup> Spätestens mit der Bundestagswahl 2025 ist die AfD in der deutschen Parteienlandschaft

## Die AfD wird vom Verfassungsschutz beobachtet:

2019 – Die Jugendorganisation „Junge Alternative“ wird als Verdachtsfall geführt.

2020 – „Der Flügel“, eine völkisch-nationalistische Gruppierung innerhalb der AfD, wird als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft.

2021 – Einstufung der AfD als Verdachtsfall im Bereich Rechtsextremismus.

2021 – Der AfD-Landesverband Thüringen gilt als gesichert rechtsextrem.

2023 – Die „Junge Alternative“ wird als gesichert rechtsextrem eingestuft. Als Reaktion darauf beschließt sie 2025 ihre Auflösung. Die AfD will eine neue Jugendorganisation gründen.

2023 – Die AfD-Landesverbände Sachsen und Sachsen-Anhalt gelten als gesichert rechtsextrem.

2025 – Die AfD wird auf Bundesebene als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft.

2025 – Der AfD-Landesverband Brandenburg gilt als gesichert rechtsextrem.

fest verankert. Die Partei wird deutschlandweit nicht trotz, sondern auch wegen ihrer Inhalte und Positionen gewählt. Damit schreitet die Normalisierung der extrem rechten Partei in großen Schritten voran. Zugleich vertritt die Partei mittlerweile auch völlig unverhohlenen Positionen, die in großen Teilen antidemokratisch, nationalistisch und rassistisch sind.<sup>17</sup> „Die Strategie, das Vertrauen in Institutionen und Akteure grundsätzlich auszuhöhlen, hält an und dürfte [...] ausgeweitet werden“, heißt es in einer Studie der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung über die AfD.<sup>18</sup>

Die AfD hat sich in den vergangenen Jahren als politische Kraft etabliert und nimmt eine zentrale Rolle im extrem rechten Spektrum ein. Vor allem in Ostdeutschland erzielt sie hohe Wahlergebnisse, bei den Landtagswahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen waren es jeweils rund 30 Prozent. Aber auch auf Bundesebene kann die AfD den politischen Diskurs mitbestimmen und scheint die demokratischen Parteien in der Themensetzung – hier besonders Migration und innere Sicherheit – vor sich herzutreiben. Dabei agiert die AfD nicht isoliert, sondern ist eng in ein größeres Netzwerk der

extremen Rechten eingebunden.<sup>19</sup> Erfolgreich folgt sie einer Strategie, die neurechte Vordenker schon vor Jahren formuliert haben: Durch Einfluss auf den vorpolitischen Raum sollen antiliberalen und antidemokratischen Positionen in Gesellschaft und Politik durchgesetzt werden.<sup>20</sup> Durch immer neue Provokationen und Tabubrüche werden gesellschaftliche Debatten nach rechts außen verschoben und extrem rechte Positionen normalisiert.<sup>21</sup>

Wie beeinflusst die AfD die politische Kultur und Debatten? Welche Rolle spielen Medien in der Normalisierung extrem rechter Positionen? Und welche Möglichkeiten hat die Zivilgesellschaft, diesen besorgniserregenden Entwicklungen entgegenzuwirken? Darum geht es in dieser Broschüre.

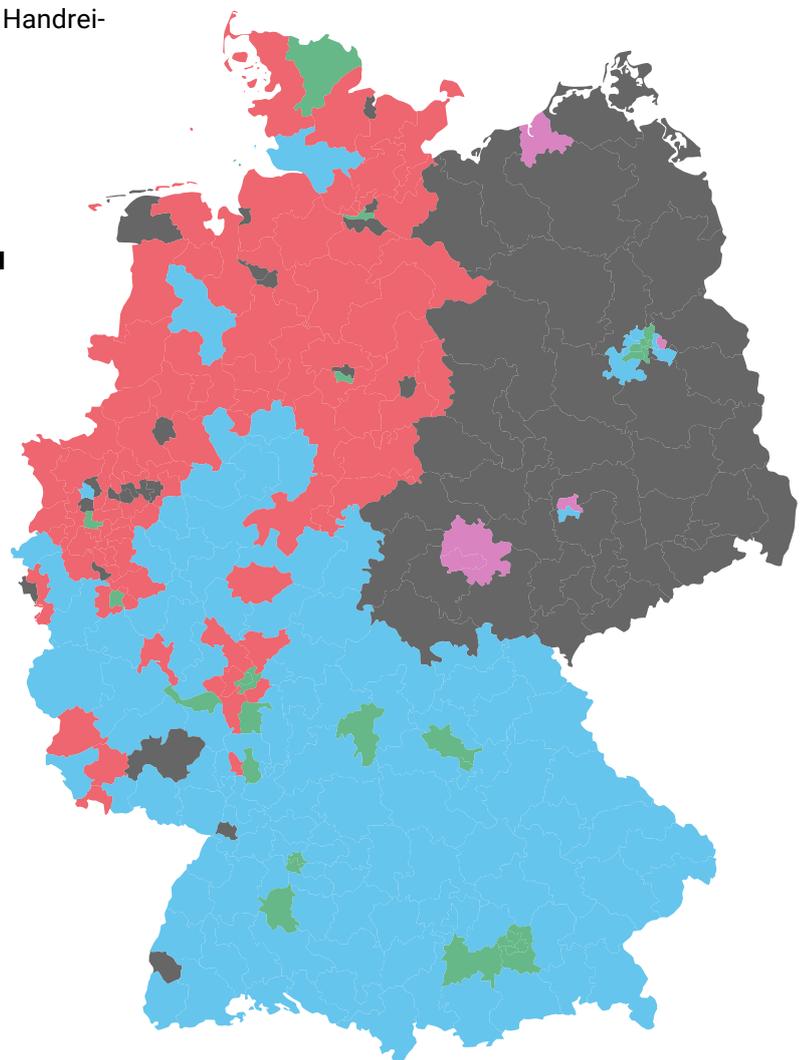
## ENGAGIERT UND DEMOKRATISCH BLEIBEN! WAS WIR ALLE TUN KÖNNEN

Diese Handreichung hat zwei große Teile: Im ersten Teil setzen wir uns analytisch mit der aktuellen Lage auseinander. Wir liefern Erklärungen, warum die extreme Rechte derzeit so stark ist und welche – auch

unterschiedlichen – Faktoren in Ost und West dazu beitragen. Dieses Verständnis hilft dabei, handlungsfähig zu bleiben. Als Engagierte im Sportverein, als Mitarbeitende in der Kommunalverwaltung oder als Personalverantwortliche in einem Unternehmen sind wir nicht machtlos. Wir können an der gegenwärtigen Situation etwas ändern. Darum geht es im zweiten Teil.

Um „engagiert und demokratisch“ zu bleiben, gibt es erprobte, aber auch neue Ideen und Ansätze, die wir aus der Beratungsarbeit und den Gesprächen mit vielen Menschen in Kirchengemeinden, Migrant\*innenorganisationen, Vereinen und Verbänden, Jugendeinrichtungen oder Schulen, Kommunalverwaltungen und Stadträten zusammengetragen haben. Wer darüber hinaus Rat und tatkräftige Unterstützung sucht, findet am Ende der Handreichung auch dafür Hinweise.

**DIE KARTE DER ZWEITPLATZIERTEN IN DEN WAHLKREISEN BEI DER BUNDESTAGSWAHL 2025 ZEIGT: DIE AfD IST KEIN OST-PHÄNOMEN**



Ergänzt wird die Broschüre durch drei Interviews, in denen Menschen, die parteipolitisch aktiv sind oder waren, von ihren Erfahrungen mit der AfD berichten und ihre persönlichen Handlungsstrategien erläutern.

Wir hoffen, damit allen helfen zu können, die sich für die Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus und andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen einsetzen wollen. Und vielleicht motiviert diese Veröffentlichung auch diejenigen, die bisher noch abwartend oder zurückhaltend waren.

Wir sind mehr und wir sind nicht allein!

# **DRIFT NACH RECHTS – HINTER- GRÜNDE UND EINSCHÄTZUNGEN**

## ► Es gibt keine einfache Erklärung

**Die AfD ist im Osten (noch) erfolgreicher als im Westen. Woran das liegt und was das für die demokratische Gegenwehr bedeutet.**

Die gesellschaftliche Diskursverschiebung und der Erfolg der extrem rechten AfD werden häufig mit Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland zu erklären versucht. Je nach Standpunkt heißt es dann entweder: Die DDR-Vergangenheit sei schuld. Oder: Der Rechtsextremismus im Osten sei aus dem Westen importiert. Beides greift jedoch zu kurz.

Die AfD selbst nutzt den Ost-West-Gegensatz in Wahlkampflogans wie „Der Osten machts“ oder „Im Osten geht die Sonne auf“.<sup>22</sup> Aus dem besonderen Zuspruch, den die Partei in Ostdeutschland erfährt, schließen einige Beobachter\*innen vorschnell, dass „der Osten sowieso schon verloren“ sei, die AfD-Erfolge im Westen werden ausgeblendet. Die Verantwortung einseitig einem Landesteil zuzuschreiben, dient indes vornehmlich der eigenen Entlastung und erklärt wenig. Um den Erfolg der AfD im Osten zu verstehen, müssen mehrere Ebenen betrachtet werden: von den sozioökonomischen Bedingungen bis zur historischen Herausbildung unterschiedlicher politischer Kulturen.

### **WIRTSCHAFTLICHE KRISEN UND GETEILTE ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN**

Laut soziologischen Studien<sup>23</sup> ist für die Wahl einer rechten Partei weniger die Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland entscheidend als strukturelle

Faktoren wie ein niedriger Frauenanteil am Wohnort, wirtschaftliche Unsicherheit und Abstiegsängste. Diese Faktoren sind zwar in Ostdeutschland stärker ausgeprägt, finden sich aber auch im Westen, etwa in Gelsenkirchen und Kaiserslautern, wo die AfD bei der Bundestagswahl 2025 ebenfalls stärkste Kraft wurde.

Es geht also um Verteilungskämpfe, insbesondere um die Folgen einer fortschrittlichen Klimapolitik und einer offenen Migrationspolitik, und die damit verbundene Angst, etwas von einem perspektivisch kleiner werdenden Kuchen abgeben zu müssen.<sup>24</sup> Die AfD nutzt diese Ängste. Ihren Erzählungen von Niedergang und Absturz muss mit einer glaubhaften gesamtgesellschaftlichen Idee begegnet werden, wie diese Entwicklungen sozial abgefedert werden können.

## **DIE WIEDERVEREINIGUNG UND DER LANGE SCHATTEN DER BASEBALLSCHLÄGERJAHRE**

1990 verspricht der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) in einer Fernsehansprache „blühende Landschaften“ für die DDR, „in denen es sich zu leben und arbeiten lohnt.“<sup>25</sup> Doch bis heute liegt der durchschnittliche Verdienst im Osten 18 Prozent unter dem des Westens.<sup>26</sup> Hinzu kommt, dass die Wiedervereinigung als Übernahme des westdeutschen Systems empfunden wurde, was viele Ostdeutsche als Benachteiligung wahrnahmen: Den wenigsten DDR-Bürger\*innen war klar, dass sie „in einem armen Land arm in die Freiheit entlassen“<sup>27</sup> wurden.

Zeitgleich erlebte das ganze Bundesgebiet eine neue Qualität rechter Gewalt, mit Pogromen wie in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen oder auch Mannheim-Schönau, mit Brandanschlägen wie in Mölln, Solingen oder Lübeck und vielen weiteren rassistischen Morden. Seit jüngerer Zeit wird darüber unter dem fast verharmlosenden Stichwort #Baseballschlägerjahre diskutiert.

Im Osten kündigte sich die rassistische Straßengewalt bereits zu DDR-Zeiten an. Nach der Wende wurde sie durch den Zusammenbruch des Ordnungsapparats und die Straffreiheit für viele rechte Aktivist\*innen begünstigt. Die allgegenwärtige Gewalt und die Bedrohung durch Neonazis, die sich gegen alle richtete, die nicht ins rechte Weltbild passen, führten zur Abwanderung junger und gut ausgebildeter Menschen und zum Abbau zivilgesellschaftlicher Strukturen, die bis heute schwächer ausgeprägt sind als im Westen. In manchen Orten nahm die rechte Gewalt irgendwann schlicht deshalb ab, weil den Neonazis die Gegner\*innen ausgegangen waren. Die rechte Hegemonie, die sich damals herausbildete, besteht mancherorts bis heute.<sup>28</sup>

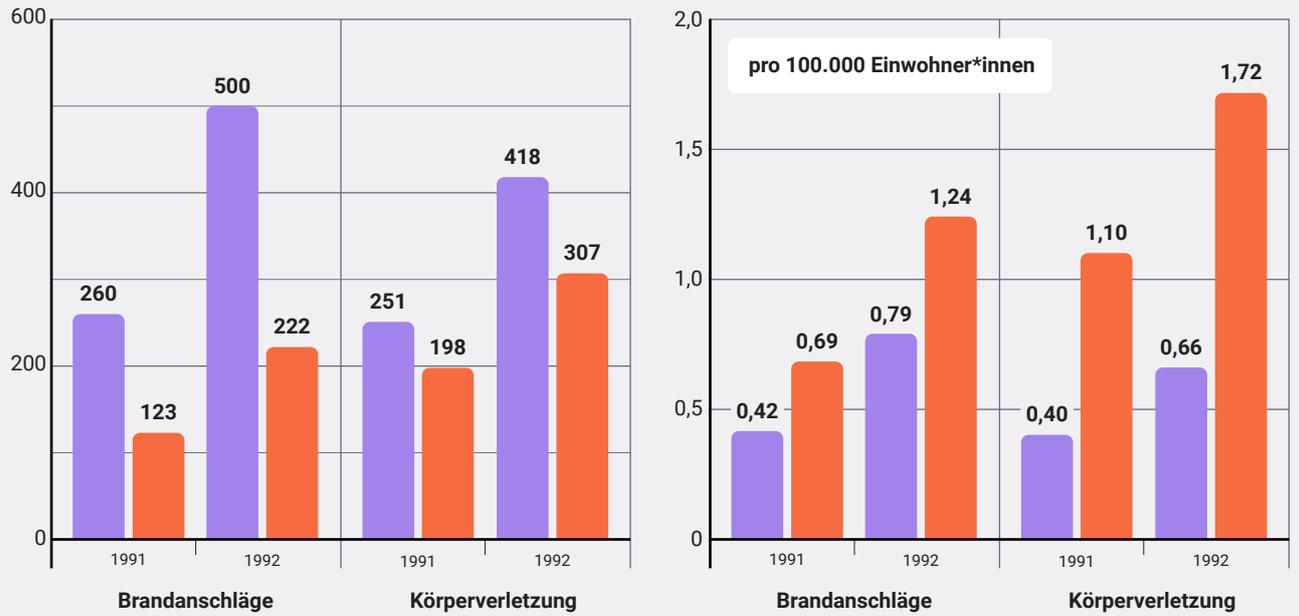
## **EIN „WOHLFÜHLPARADIES“ FÜR DIE EXTREME RECHTE**

Rechte Hochburgen gab es auch im Westen. Das lässt sich nicht nur an den Anschlägen und Morden ablesen, die es hier genauso gab wie im Osten, sondern auch an Wahlergebnissen. Die offen neonazistische DVU zog 1991 in die Bremer Bürgerschaft und 1992 in den Landtag von Schleswig-Holstein ein. Das bis dahin beste Ergebnis einer extrem rechten Partei bei einer deutschen Parlamentswahl erreichte sie allerdings 1998 bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, mit 12,9 Prozent. Damalige Hochburgen der DVU sind heute Hochburgen der AfD<sup>29</sup>, wie etwa die Region Bitterfeld-Wolfen. Dort liegt auch Raguhn-Jeßnitz, wo 2023 mit Hannes Loth der erste hauptamtliche AfD-Bürgermeister gewählt wurde. Der Soziologe Theodor Adorno wies bereits in den 1960ern darauf hin, dass damalige Hochburgen der NPD frühere Zentren der NSDAP waren. Empirische Untersuchungen belegen Ähnliches für die AfD.<sup>30</sup>

Nach der Wende zogen westdeutsche Neonazis gezielt in den Osten, um hier rechte Strukturen aufzubauen. Dazu gehörten unter anderem der Rechtsterrorist Karl-Heinz Hoffmann<sup>31</sup>, Chef der nach ihm benannten „Wehrsportgruppe“, oder der einflussreiche Kameradschaftsführer und Szene-Unternehmer Thorsten Heise.<sup>32</sup> Der frühere Funktionär der 1995 verbotenen Freiheitlichen deutschen Arbeiterpartei (FAP) ist heute Bundesvorstand von „Die Heimat“ (Ex-NPD) und gilt als Duzfreund des AfD-Rechtsaußen Björn Höcke. Mit niedrigen Immobilienpreisen und der Schwächung demokratischer Gegenkräfte wurde der Osten zu einem „Wohlfühlparadies“ für Neonazis. Zugleich führte die Abwanderung aus dem Westen zu einer Schwächung der rechten Strukturen dort. Organisierte Neonazis konzentrierten sich in ihrem Wirken auf die neuen Bundesländer und auf gemeinschaftliche, die ehemalige Grenze überschreitende Großprojekte, mit denen sie von der größeren Mobilisierungsfähigkeit im Osten profitieren wollten.

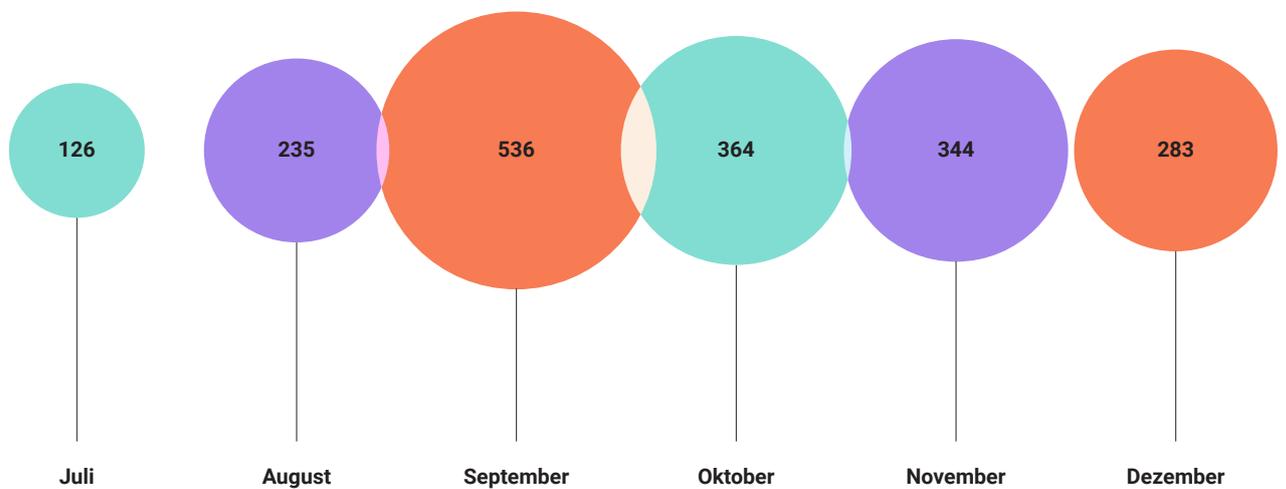
**RECHTE DELIKTE 1991/1992**

■ in Westdeutschland ■ in Ostdeutschland



Quelle: <https://tinyurl.com/3ucfvbh3>

**BRANDANSCHLÄGE AUF WOHN- UND ASYLBEWERBER\*INNENHEIME 1992**



Quelle: Curio, Claudia (2001): Chronik rechtsextremer Gewalt in Deutschland seit 1990. In: Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland, hrsg. von Ute Benz/Wolfgang Benz. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 177–212.

Dass die Entwicklung extrem rechter Strukturen in den neuen Bundesländern zudem als intergenerationaler Prozess zu begreifen ist, zeigte zuletzt die im Winter 2024 aufgedeckte mutmaßlich rechtsterroristische Gruppe „Sächsische Separatisten“. Die zwei Brüder Jörg und Jörn S. sind die Nachkommen einer aus Österreich stammenden Neonazidynastie. Ihr Vater Hans-Jörg S. zog in den 1990er-Jahren nach Leipzig, nachdem er in Österreich wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verurteilt worden war. In Leipzig leitete er eine Firma, die einen Porsche für Karl-Heinz Hoffmann leaste. Zu den mutmaßlichen Mitgliedern der „Sächsischen Separatisten“ gehören auch mehrere Funktionsträger und Aktive der AfD.<sup>33</sup>

### **POPULISMUS ALS ERBE DER DDR?**

Raj Kollmorgen, Soziologe im sächsischen Görlitz, stellt fest: Viele Menschen in der DDR hätten den Realsozialismus nicht wegen der mangelnden demokratischen Beteiligung abgelehnt, sondern wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der fehlenden Meinungs- und Reisefreiheit. Er geht davon aus, dass viele Bürger\*innen bereit gewesen wären, den autoritären Führungsstil zu akzeptieren, wenn die genannten Probleme gelöst worden wären.<sup>34</sup>

Das hat zur Folge, dass Politik im Osten noch immer eher als Dienstleistung denn als Aushandlungsprozess verschiedener Interessengruppen verstanden wird. Auch die Skepsis gegenüber staatlicher Einflussnahme auf die Meinungsbildung, sei es durch Verfassungsschutzbehörden oder die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, lässt sich so aus der DDR-Vergangenheit erklären. Auch wenn die gesellschaftliche Situation nunmehr eine andere ist als vor 1990, darf die Bedeutung tradierter Werte und Einstellungsmuster nicht unterschätzt werden.

Da autoritäre Einstellungen in Ost- wie Westdeutschland gleichermaßen verbreitet sind (und es auch in DDR und BRD waren), spricht viel dafür, dass der größere Erfolg der AfD im Osten seine Wurzeln in dem

gelernten Politikverständnis hat. Hinzu kommt, dass Gewerkschaften, Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen in den ostdeutschen Ländern nach wie vor bei weitem nicht so stark verankert, vernetzt und gefördert sind wie in Westdeutschland. Trotzdem wurde in der Politik lange an der irrwitzigen Behauptung festgehalten, der Osten könne qua Historie kein Rechtsextremismus-Problem entwickeln: So erklärte Kurt Biedenkopf, von 1990 bis 2002 Ministerpräsident von Sachsen, im Jahr 2000, die Sachsen hätten sich „als völlig immun gegenüber den rechtsradikalen Versuchungen erwiesen“. Einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der menschenfeindlichen Ideologie der extrem Rechten war das natürlich nicht gerade zuträglich.

### **ZUR SITUATION VON ENGAGIERTEN**

Was bedeutet all das für das Engagement der Zivilgesellschaft in West und Ost? Wie unterscheiden sich die Herausforderungen beim Umgang mit der AfD? Ein überregional verbindendes Element für Anhänger\*innen der AfD ist die Angst vor sozialem Abstieg und wirtschaftlicher Unsicherheit – ein Nährboden für extrem rechtes Gedankengut, unabhängig von der Region. Allerdings ist die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland häufig schlechter, die Veränderungsmüdigkeit aufgrund der Umbrucherfahrung in den 1990er-Jahren ausgeprägter.

Überall bleibt die demokratische Zivilgesellschaft ein entscheidender Faktor zur Bekämpfung der extremen Rechten. Engagierte müssen jedoch unter stark ungleichen Bedingungen agieren: Während westdeutsche Initiativen in der Regel besser vernetzt und finanziell abgesichert sind, kämpfen ostdeutsche Initiativen mit meist knapperen Ressourcen und einer feindlicheren Umgebung.

	Ostdeutschland	Westdeutschland
Historisches	Zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen mussten erst entstehen.	Zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen sind etabliert.
Strukturelles	Erschwerter Zugang zu Ressourcen (Netzwerke, Fördergelder, Expertise, politische Unterstützung etc.), u. a. aufgrund ländlicher Strukturen. Mehr Ehrenamt als Hauptamt.	Leichter Zugang zu Ressourcen (Netzwerke, Fördergelder, Expertise, politische Unterstützung etc.) durch urbanere und wirtschaftlich stärkere Strukturen.
Eingebundenheit	Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sind stärker isoliert und haben in einigen Regionen mit enormer extrem rechter Dominanz zu tun.	Tendenziell mehr Bündnisse und Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Akteur*innen.

Im Zusammenspiel mit der geringeren Verankerung auch von Gewerkschaften und Parteien führt dies dazu, dass die Wertschätzung für demokratisches und zivilgesellschaftliches Engagement im Osten Deutschlands schwächer ausgeprägt ist. Initiativen und Bündnisse, die sich gegen Rechtsextremismus und für Demokratie einsetzen, sehen sich stärker Kritik ausgesetzt und werden schnell als „Nestbeschmutzer“ bezeichnet. In einigen Fällen werden ihre Aktivitäten und ihr Protest delegitimiert und sogar kriminalisiert. Aus Angst vor sozialer Isolation oder Repression zögern deshalb manche Menschen, sich öffentlich zu positionieren. Das festigt politische Strukturen, die den Raum für offene Diskussionen und demokratische Auseinandersetzungen einschränken.

Während die Normalisierung extrem rechter Narrative im Westen noch eine Gefahr ist, die es abzuwehren gilt, ist die AfD in vielen Regionen

Ostdeutschlands längst selbstverständlicher Teil des Alltags geworden. Das verschärft die Lage nicht nur ganz grundsätzlich. Es stellt Engagierte auch vor die sehr konkrete und schwierige Frage, wie die vielbeschworene „Brandmauer gegen rechts“ – verstanden als Verweigerung jedweder Zusammenarbeit mit der AfD – aufrechterhalten bleiben kann. Wie ist eine solche kompromisslose Abgrenzung überhaupt noch möglich, wenn Kommunalverwaltungen von Bürgermeister\*innen oder Landrät\*innen der AfD geführt werden? Was tun, wenn auch im eigenen Verein oder Verband eine Mehrheit der Mitglieder extrem rechte Positionen teilt? Das sind Herausforderungen, die sich jedenfalls mit dem bloßen Beschwören einer „Brandmauer“ nicht beantworten lassen.

## „Bildet Banden!“

### DIE SÄCHSISCHE GRÜNEN-POLITIKERIN KATHLEEN KUHFUSS SPRICHT ÜBER IHRE STRATEGIEN IM UMGANG MIT DER AfD

Frau Kuhfuß, Sie waren mehr als 25 Jahre lang für die Grünen in Sachsen parteipolitisch aktiv. Von 2019 bis 2023 haben Sie sowohl im sächsischen Landtag als auch im Stadtrat von Chemnitz gesessen und es da jeweils mit großen AfD-Fraktionen zu tun gehabt. Wie war das?

**Kathleen Kuhfuß:** Durch die AfD hat sich die ganze Atmosphäre in den Parlamenten verschlechtert, und das verschärft sich durch ihre Wahlerfolge immer weiter. Gespräche werden von ihren Leuten nicht sachlich und kollegial geführt, sondern anklagend, bis hin zu Beleidigungen und Verachtung. Weibliche Abgeordnete werden herabgesetzt, weil sie Frauen sind. Aus Sorge, belauscht zu werden, haben wir uns immer genau überlegt, was wir wo sagen und ob wir etwas einfach so auf dem Gang besprechen können. Im Wahlkampf sind Vertreter\*innen von rechtsextremistischen Parteien oder Gesinnungsgenoss\*innen an unsere Wahlkampfstände gekommen, haben gepöbelt, provoziert oder den Stand einfach blockiert. Auch bei Veranstaltungen tauchen sie regelmäßig auf und versuchen, die Diskussion mit ihrer Dominanz zu sprengen. Das ist nicht nur bedrohlich, es führt auch dazu, dass die wirkliche politische Auseinandersetzung mit den Bürger\*innen keinen Raum mehr bekommt.

**Wie versuchen Sie, solche Störungen zu verhindern?**

Man muss sich bei Veranstaltungen vorher überlegen, wie man eine strikte Moderation durchsetzt. Das beginnt bei kleinen Sachen – dass ich zum Beispiel kein Mikro mehr aus der Hand gebe. Aber es braucht auch Ordner\*innen, die die Leute nach draußen schicken, wenn sie sich



rechtsextremistisch oder abwertend geäußert haben. Und man muss eine Absprache mit der Polizei haben, für den Fall, dass man mit normalen menschlichen Mitteln nicht mehr klarkommt. Auch Wahlkampfstände melden wir darum vorher bei der Polizei an. Ich glaube, für uns Demokrat\*innen ist eine gute Kooperation mit der Polizei mittlerweile sehr wichtig. Um uns selbst zu schützen, aber natürlich auch die Menschen, die wir zu einem Diskurs einladen. Ohne solche Absprachen und Kooperationen geht es in Sachsen einfach nicht mehr. Und meine Erfahrungen mit der sächsischen Polizei sind an der Stelle äußerst positiv.

**Nun trifft man gerade als Kommunalpolitiker\*in ja nicht nur im politischen Geschäft, sondern auch im Alltag ständig auf Menschen, die die AfD wählen – in Sachsen waren das bei der Bundestagswahl mancherorts bis zu 47 Prozent. Wie wirkt sich das aus?**

Je nachdem, wo man lebt, wird es immer schwerer, eine Schule zu finden, wo das Kind gut hingehen kann, einen Handwerker zu finden, der für einen arbeiten will, oder auch nur, seinen Treppenaufgang hochzugehen und noch begrüßt zu werden. Ich verstehe deshalb, wenn Menschen, die in einem kleinen Ort für eine demokratische Partei im Gemeinderat sitzen, sich sehr genau überlegen, was sie noch sagen. Gar nicht immer, weil sie körperliche Bedrohungen fürchten. Es reicht schon, dass sie angefeindet werden und sich fragen müssen, ob beim nächsten Dorffest noch jemand mit ihnen anstößt oder ob ihre Kinder noch zum Kindergartenfest eingeladen werden. Sie wollten auf dem

Dorf in einer sozialen Gemeinschaft leben, haben sich engagiert – und merken jetzt, dass sie sich aufgrund ihrer demokratischen Überzeugungen sozial isolieren. Das führt zu Rückzug aus der Politik. Oder sogar zur Abwanderung. Mit der Folge, dass wir Regionen bekommen, in denen die Rechten kaum noch Gegenwind spüren.

#### **Sind die Herausforderungen in Ostdeutschland besondere oder lässt sich das verallgemeinern?**

Um das genau beurteilen zu können, fehlt mir der Lebensrahmen. Aber wenn ich auf die aktuellen Wahlergebnisse schaue, dann sehe ich überall im Land Regionen, die sich immer mehr nach rechts bewegen. Deshalb kann ich mir gut vorstellen, dass wir als Osten sozusagen der Trendsetter waren und der Westen gerade nachzieht. Ich hoffe, dass das nicht so kommt. Aber es ist zu befürchten. Insofern ist wahrscheinlich einiges durchaus generalisierbar.

#### **Welche Strategien haben Sie persönlich entwickelt, um mit diesen Zumutungen umzugehen?**

Ich glaube, es ist wichtig, die neuen politischen Realitäten erst einmal zu akzeptieren, um damit in einem Energiesparmodus umgehen zu können. Zum Beispiel spart es sehr viel Energie, sich als Mandatsträger\*in von den sozialen Medien abzugrenzen: Es ist okay, wenn ich mich eine Stunde am Tag damit beschäftige und es die restliche Zeit einfach nicht in mein Gehirn lasse. Es gibt keine Pflicht, alle Kommentare und jede Beleidigung zu lesen! Aber ich meine das mit dem Energiesparen vor allem ganz grundsätzlich: Wenn wir die Situation kurzfristig nicht ändern können, sollten wir aufhören, uns immer wieder die großen, existenziellen Fragen zu stellen, à la: „Wieso wiederholt sich die Geschichte?“ Stattdessen sollten wir uns auf das fokussieren, was wir tun können, um die Hoffnung auf längerfristige Veränderung am Leben zu halten.

#### **Was bedeutet das konkret?**

Wir müssen die Menschen und Institutionen stärken, die weiter einen demokratischen und welt-offenen Weg gehen wollen. Damit zum Beispiel eine Kita auch dann bei ihrem pädagogischen Konzept bleibt, wenn der Elternrat ein enges Weltbild hat und nicht will, dass Jungen mal im Röllchen herumlaufen. Es gilt, die Themen zu finden, bei denen sich noch etwas bewegen lässt, auch aus der Minderheitsposition heraus.

#### **Wie geht das?**

Wir müssen nach Verbündeten und neuen Allianzen suchen. Die heutigen Zeiten fordern eine große Toleranz von uns. Nur mit Menschen zu kooperieren, die zu 100 Prozent so denken und essen und leben wie wir, das wird schwierig, zumindest in den ländlichen Räumen. Wenn ich wirkmächtig bleiben will, muss ich aus der eigenen Bubble rausgehen. Auch wenn ich mich da in Sprache und Habitus anpassen muss und vielleicht mal aufs Gendern verzichte. Mein Spruch war immer: „Bildet Banden!“ In Parlament oder Stadtrat kann man sich gegen die Bedrohung durch die AfD zur Wehr setzen, indem man sich mit Leuten aus anderen demokratischen Parteien verbündet und gemeinsam beschließt: „Wir passen aufeinander auf. Wir haben eine ähnliche Haltung, was die Welt angeht, nämlich dass wir Menschenfreund\*innen sind. Und wenn jemand von uns blöd angetöfelt wird, dann stehen wir füreinander ein.“ Es geht darum, Brücken zu bauen – ohne die eigene Haltung aufzugeben natürlich.

#### **Welche Rolle spielt die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen?**

Auch da geht es ums Bandenbilden. Nicht immer nur, um das nächste strategische politische Ziel zu erreichen, sondern auch um einen Rückzugsraum zu haben. Um mal in Ruhe diskutieren zu können, ohne die harte Konfrontation. Klar, Politik lebt auch von Konflikten. Aber Menschen, die sich

politisch engagieren, brauchen Orte, wo sie sich stärken, wo sie auftanken und sich thematisch weiterentwickeln können. Und das sind dann eben nicht die Orte, wo man rechtsaffine Menschen trifft und sie überzeugt, dass Demokratie doch fetzt. Zivilgesellschaftliche Initiativen können Mandatsträger\*innen unterstützen – und umgekehrt. Schon deshalb ist es wichtig, aktiv den Austausch zu suchen. Aber ich finde es auch sinnvoll, wenn man gemeinsam schaut, wo bestimmte Projekte stehen und wie es weitergehen kann. Wo vielleicht umgesteuert werden sollte, weil die staatlichen Fördermittel gerade in diesen Sparduktuszeiten begrenzt sind. Es ist mir viel lieber, darüber gemeinsam zu beraten als das die Bürokratie erledigen zu lassen.

**Wenn wir in diesem Sinne von einer Zivilgesellschaft sprechen, die sich gegen rechts engagiert: An welche konkreten Initiativen denken Sie dabei?**

Das ist ein bunter Blumenstrauß. Da sind die vielfältigen Demokratieinitiativen, bei mir in Chemnitz zum Beispiel „Die Buntmacher\*innen“ und „Chemnitz Nazifrei“ oder auf Landesebene in Sachsen das Kulturbüro mit der mobilen Beratung oder das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC). Für mich, die aus der Sozialwirtschaft und Jugendhilfe kommt, gehören aber auch die Träger dazu, die sich für Kinder und Jugendliche stark machen und mit Angeboten der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit Vielfalt leben. Und das reicht bis zur Kleingartensparte, die sich an den „Lichterwegen“ beteiligt, mit denen in Chemnitz der Opfer des Nationalsozialismus gedacht wird. Das Engagement muss ja nicht unbedingt institutionalisiert sein.

**Vielen Dank für das Gespräch!**

## ► Spinne im braunen Netz

**Die AfD ist in der extremen Rechten bestens vernetzt – und zeigt immer weniger Berührungspunkte auch zu Neonazis.**

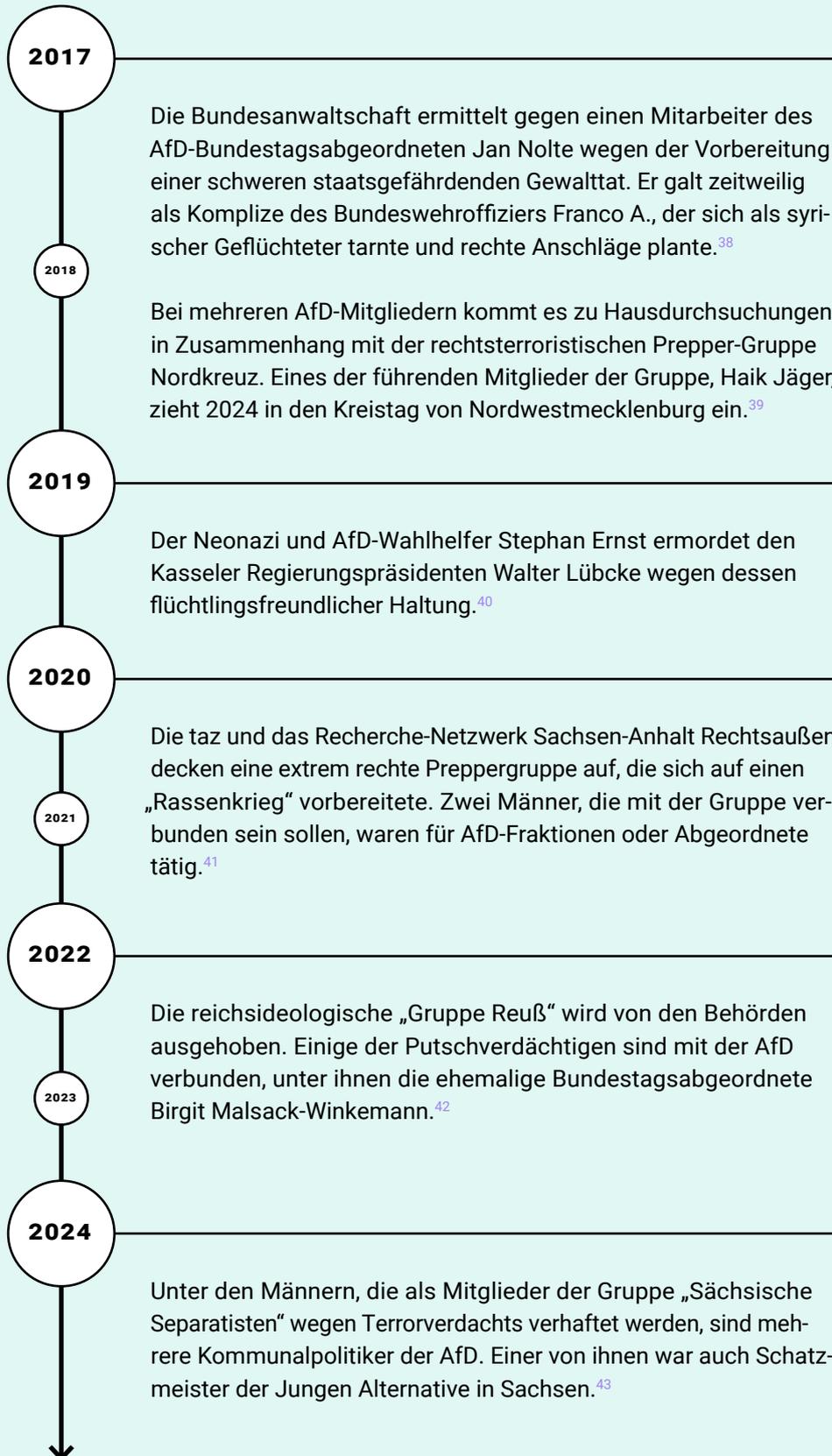
Im Januar 2024 mobilisierte das Bekanntwerden des Treffens von Potsdam, bei dem sich führende AfDler mit rechten CDU-Mitgliedern und Neonazis vernetzten, Hunderttausende für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus auf die Straßen der Republik. Viele Menschen waren schockiert von den strategischen Hinterzimmer-Absprachen eines in der Öffentlichkeit bisher nicht präsenten Netzwerks. Dabei sind die Verbindungen der AfD ins neonazistische Milieu seit Jahren bekannt.

Lange wurde die AfD in Politik und Medien nicht als extrem rechts bezeichnet, sondern lediglich als „rechtspopulistisch“. Gemeint war (und ist) damit zumeist eine Art „Rechtsextremismus light“ – eine Einschätzung, die doppelt problematisch ist. Erstens liegt ihr ein verbreitetes Missverständnis zugrunde: Rechtspopulismus ist, wie der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn erklärt, weniger ein politisches Programm als ein politischer Stil. Und dieser Stil kann ohne Weiteres mit extrem rechten Inhalten einhergehen.<sup>35</sup> Weil jedoch oft verkannt wird, dass sich Rechtspopulismus und Rechtsextremismus keineswegs ausschließen, führte die Etikettierung als „rechtspopulistisch“ zweitens dazu, die AfD zu verharmlosen. In einem NDR-Interview aus dem Jahr 2016 beschrieb der NPD-Politiker Udo Pastörs diesen Umstand treffend. Bezogen auf Björn Höcke sagte er: „Der kopiert mich, und ich gehe dafür ins Gefängnis [...]. Und der fischt mit seinen Reden am rechten Rand ab.“<sup>36</sup>

Bereits zu diesem recht frühen Zeitpunkt war die Einflussnahme extrem rechter Netzwerke auf die Partei immer sichtbarer geworden. Die aus der Anfangszeit der Partei stammende Liste von extrem rechten Organisationen, die mit einer Mitgliedschaft in der AfD unvereinbar sein sollen, findet heute kaum noch Beachtung, sie wird verwässert oder sogar ihre Abschaffung gefordert. Für Mitarbeitende in den Parlamenten galt sie ohnehin noch nie.<sup>37</sup>

In diesem Text soll dieser Prozess nachgezeichnet, sollen Strukturen aufgezeigt und die Frage verhandelt werden, welche Entwicklungen sich daraus für die Zukunft ableiten lassen.

## AFD & TERRORISMUS



### VORDENKER FÜR DIE AfD: DAS INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK

Das Treffen in Potsdam, bei dem über die massenhafte Abschiebung von Menschen mit Migrationsgeschichte, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, diskutiert wurde, wurde medial als „Geheimtreffen“ tituliert. Die dahinterstehenden Netzwerke und Strategien sind allerdings weder neu noch geheim – nur das gesamtgesellschaftliche Interesse daran hatte sich bis dahin in Grenzen gehalten.

Ein zentraler Ort bei der Vernetzung der sogenannten Neuen Rechten ist das „Institut für Staatspolitik“ in Schnellroda (Sachsen-Anhalt).<sup>44</sup> Um einem Verbot zuvorzukommen, löste es sich kürzlich zwar auf, mit der „Menschenpark uG“ wurde aber sofort

ein Ersatz geschaffen. Schon seit einem Vierteljahrhundert geht es in Schnellroda um „Metapolitik“. Damit ist die Strategie gemeint, einem parlamentarischen Erfolg der extremen Rechten durch gezieltes Agieren im vorpolitischen Raum den Boden zu bereiten: Das sogenannte Vorfeld der AfD – also Gruppen und Organisationen, die der Partei nahestehen, ohne mit ihr verbunden zu sein – soll versuchen, den öffentlichen Diskurs nach rechts zu verschieben und demokratische Debatten zu vergiften. Und das gelingt mittlerweile sehr erfolgreich. Ob Memes, popkulturelle Provokationen wie das rassistische Umdichten des Diskoschlagers „L'Amour toujours“ oder TikTok-Videos, in denen behauptet wird, „echte Männer sind rechts“: Spielerisch und mit einem Augenzwinkern sollen die Grenzen des Sagbaren verschoben werden.



Das sogenannte Vorfeld der AfD – also Gruppen und Organisationen, die der Partei nahestehen, ohne mit ihr verbunden zu sein – soll versuchen, den öffentlichen Diskurs nach rechts zu verschieben und demokratische Debatten zu vergiften. Und das gelingt mittlerweile sehr erfolgreich. Schnellroda ist der Ort für die strategischen Debatten über die Ausgestaltung dieses Vorfelds.

Schnellroda ist der Ort für die strategischen Debatten über die Ausgestaltung dieses Vorfelds, über die Radikalisierung der AfD und der Jugend.<sup>45</sup> Bei den jährlichen „Winterakademien“, jetzt „Studientage“ genannt, diskutieren junge Menschen unter 35 Jahren beispielsweise über Russland und Amerika; die Treffen sind der „intellektuelle“ Nährboden für extrem rechte Handlungen und Politik. Mit dabei sind regelmäßig Mitglieder der AfD und ihrer Jugendorganisation, Referent\*innen der neonazistischen NPD (jetzt „Die Heimat“), Aktivist\*innen der neofaschistischen „Identitären Bewegung“ (mit dem Österreicher Martin Sellner, der auch in Potsdam referierte, als Galionsfigur) und der neonazistischen „Jungen Tat“ aus der Schweiz. Die

Tagungen dienen damit der internationalen Vernetzung von Neuer Rechter und klassischem Neonazismus – bis tief in die AfD hinein.

## Internationale Verflechtungen der AfD

Die AfD pflegt auch international Kontakte zu extrem rechten Netzwerken und Akteur\*innen. Im Dezember 2024 referierte etwa die Brandenburger AfD-Abgeordnete Lena Kotré auf Einladung der extrem rechten Gruppe „Junge Tat“ auf einem Vortragsabend in Zürich, bei dem auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp sowie Unterstützer\*innen der in Deutschland verbotenen Neonazi-Organisation „Blood & Honour“ anwesend waren.<sup>46</sup> Im April 2025 war sie als Gast einer „Remigration Conference“ der extrem rechten britischen Homeland Party angekündigt.<sup>47</sup>

Vor allem jüngere Mitglieder und Mitarbeitende der AfD sind verbunden mit international vernetzten Gruppen wie der Identitären Bewegung (IB) rund um den Österreicher Martin Sellner. Ein Beispiel dafür ist der IB-Aktivist Mario Müller, Referent beim Treffen von AfDlern, rechten CDU-Mitgliedern und Neonazis in Potsdam und zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Correctiv-Recherche Mitarbeiter eines AfD-Bundestagsabgeordneten. Er war an der Kampagne „Defend Europe“ beteiligt, mit der die IB versuchte, zivile Seenotrettung im Mittelmeer zu blockieren und Geflüchtete an der Überfahrt zu hindern. Zudem suchte er gezielt Kontakt zum Asow-Bataillon in der Ukraine, das jedenfalls bis zu seiner Neuaufstellung 2022 als extrem rechts galt.<sup>48</sup>

Im Europäischen Parlament gehört die AfD der neuen Fraktion „Europa der souveränen Nationen“ (ESN) an, in der ansonsten nur kleine und dafür umso radikalere Parteien wie die französische „Reconquête“ von Éric Zemmour vertreten sind. Bedeutendere Rechtsaußenparteien wie der französische Rassemblement National von Marine Le Pen hatten sich vor der Europawahl 2024 von der AfD abgewandt, mit der sie bis dahin noch zusammengearbeitet hatten. Die Abgrenzung ist vor allem eine strategische: Seit dem Bekanntwerden des Treffens von Potsdam gilt die AfD in den Augen ihrer vormaligen Verbündeten als unberechenbar und potenziell hinderlich für die übergeordnete rechte Agenda in Europa. Zur österreichischen FPÖ hat die AfD aber nach wie vor gute Kontakte, auch wenn beide Parteien nun unterschiedlichen Fraktionen im EU-Parlament angehören.

## **NORMALISIERUNG ALTER NEONAZI-NETZWERKE**

Wie sehr sich die Grenzen dessen verschieben, was in der Partei als nach außen hin vertretbar gilt, zeigt der Umgang mit Funktionären, die in der Vergangenheit in der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) aktiv waren. Im Jahr 2009 wurde die Organisation verboten. Der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble begründete dies damit, dass „Jugendarbeit dazu missbraucht wird, Kinder und Jugendliche zu überzeugten Nationalsozialisten zu erziehen“. Elf Jahre später spitzte sich die Debatte um die verschwiegene HDJ-Mitgliedschaft des damaligen Fraktionsvorsitzenden der AfD in Brandenburg, Andreas Kalbitz, so sehr zu, dass dieser aus der Partei ausgeschlossen wurde und von seinem Posten zurücktreten musste. Die Fraktion behielt ihn allerdings trotzdem in ihren Reihen.

Die Personalie war kein Einzelfall. In Sachsen-Anhalt wurde 2017 bekannt, dass ein ehemals führendes Mitglied der HDJ beim damaligen Fraktionsvorsitzenden der AfD im Landtag beschäftigt war.<sup>49</sup> Der Karriere des Mannes tat das keinen Abbruch: Heute ist er Pressesprecher der AfD-Fraktion – und nahm am Treffen in Potsdam teil. Insgesamt arbeiten fünf einstige HDJler im Magdeburger Landtag.<sup>50</sup> Einer von ihnen hatte seinen Posten bei der bayerischen Landtagsfraktion wegen seiner braunen Vergangenheit 2019 räumen müssen. In Sachsen-Anhalt war er willkommen. Im Jahr 2024 wurde er zum Ortsbürgermeister eines Ortsteils von Dessau-Roßlau gewählt.<sup>51</sup> Es ist anzunehmen, dass es sich dabei um eine Art Probelauf handelt, um herauszufinden, welches Skandalpotenzial eine Vita im neonazistischen Milieu noch in sich birgt.

Und das gesellschaftliche Klima scheint auf der Seite der AfD zu sein: Zwar sorgte die Wahl kurzzeitig für größere Aufmerksamkeit, das verpuffte jedoch schnell. Es wäre nicht überraschend, wenn bei der 2026 anstehenden Landtagswahl in Sachsen-Anhalt die nächste Grenze verschoben wird und AfD-Mitglieder mit einer Vorgeschichte in Neonazi-Organisationen ins Parlament einziehen.

## **SKANDALE UND SEILSCHAFTEN: BURSCHENSCHAFTEN UND DIE AfD**

Besonders enge Bande bestehen seit jeher zwischen der AfD und extrem rechten Burschenschaftlern. Für Korporierte aus dem völkischen Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ ist die AfD sogar zu einer regelrechten „Jobmaschine“ geworden.<sup>52</sup> Dabei haben Burschenschafter mit Verbindungen zur AfD beachtliche Skandale ausgelöst.

So deckte etwa die taz gemeinsam mit dem Rechercheportal Sachsen-Anhalt Rechtsaußen ein Netzwerk Alter Herren der Burschenschaft Germania Leipzig auf, in dessen Chatgruppen von einem anstehenden „Rassenkrieg“ die Rede war – und davon, Menschen an die Wand zu stellen. Ein beteiligter Mitarbeiter der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt schrieb, er habe sich als Sportschütze eine Waffe besorgt, deren Munition am verbreitetsten sei, um auch in Krisenzeiten Nachschub zu bekommen.<sup>53</sup>

Der bayrische AfD-Landtagsabgeordnete Daniel Halemba, Mitglied der Burschenschaft Teutonia Prag in Würzburg, wurde im Mai 2024 unter anderem wegen Volksverhetzung, Verwendens verbotener NS-Symbole, Nötigung und Geldwäsche angeklagt. In seinem Zimmer im Verbindungshaus soll er ein Poster mit einem SS-Befehl aufgehängt haben. Doch der zuständige Landesverband sah dies zunächst nicht als Grund an, Halembas Mitgliedschaft zu widerrufen. Das schließlich doch angestregte Parteiausschlussverfahren drehte sich dann ausschließlich um Unregelmäßigkeiten bei seiner Wahl zum Landtagskandidaten. Es endete mit einer 18-monatigen Ämter Sperre. Mitglied der Landtagsfraktion ist Halemba jedoch nach wie vor.<sup>54</sup>

Eine Dokumentation des ARD-Magazins Report Mainz legte im Mai 2024 detailreich dar, wie Burschenschafter ihre Seilschaften in der AfD ausbauen und sich gegenseitig Parteiämter, Jobs und Mandate zuschanzen. Wobei die Netzwerke in Rheinland-Pfalz zusammenlaufen und gemessen an ihrer Dichte in der Bundesrepublik ihresgleichen suchen.<sup>55</sup>

So beschäftigte Sebastian Münzenmaier, stellvertretender AfD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag und Mitglied der Burschenschaft Germania Halle zu Mainz, den Burschenschafter Alexander Jungbluth, bis der 2024 ins Europaparlament und in den Bundesvorstand der AfD einzog. Jungbluth ist Mitglied der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks zu Bonn, die für die Deutsche Burschenschaft 2011 eine als „Arier-Nachweis“ kritisierte Aufnahmeregelung forderte.<sup>56</sup>

Ebenfalls zu den Raczecks gehört der Landtagsabgeordnete Joachim Paul, der 2024 eine „Messe des Vorfelds“ in den Räumen des AfD-Kreisverbands Koblenz veranstaltete – angeblich „privat“. Bei Paul angestellt war sein Bundesbruder Norbert Weidner, der maßgebliche Institutionen der extremen Rechten von innen kennt. In den 1990er-Jahren war er Mitglied gleich dreier Neonazi-Organisationen, die verboten wurden: der Wiking-Jugend, der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) sowie der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige (HNG). Später wurde Weidner Schriftleiter und Mitglied des Verbandsrates der Deutschen Burschenschaft.<sup>57</sup>

Nach den Recherchen von Report Mainz haben mehr als 50 AfD-Abgeordnete in Bundestag und Landtagen sowie rund 60 Mitarbeiter Bezüge zu Studentenverbindungen, vor allem zu Mitgliedsbünden der extrem rechten Deutschen Burschenschaft.<sup>58</sup>

## **IST EIN ENDE DER RADIKALISIERUNG IN SICHT?**

Noch ist nicht abzusehen, wie sich der Radikalisierungsprozess der AfD fortsetzen wird. Zwar gibt es durchaus Anzeichen, dass sich gesellschaftliche Modernisierungsprozesse auch in der extremen Rechten niederschlagen. Dass die AfD mit Alice Weidel eine offen lesbisch lebende Frau zur Vorsitzenden hat, wäre noch vor 15 Jahren undenkbar gewesen – ebenso wie die Tatsache, dass zeitweilig drei der wichtigsten extrem rechten Parteien in Europa von Frauen geführt wurden.

Aus dem AfD-Parteiprogramm lässt sich eine gewisse restaurative Sehnsucht nach der alten Bundesrepublik und eine positive Bezugnahme auf den Nationalsozialismus herauslesen. Hier sei etwa an den Abgeordneten Matthias Helferich aus NRW erinnert, der sich als das „freundliche Gesicht des NS“ bezeichnet hat, oder natürlich an Björn Höckes wiederkehrende Bezugnahme auf den Nationalsozialismus – etwa durch die SA-Parole „Alles für Deutschland“.

Der Rechtsextremismusforscher Matthias Quent schreibt über die AfD: „Es ist ihr Kerngeschäft, Pessimismus und irrationale Ängste zu mobilisieren und zu schüren.“<sup>59</sup> Wenn Höcke beispielsweise vom angeblich drohenden „Volkstod durch Bevölkerungsaustausch“ spricht, beschwört er ein Bild herauf, in dem Deutschland vor einem Endkampf steht, einer finalen Entscheidung, einem historischen Scheideweg. Vernichten, um nicht vernichtet zu werden, erscheint da als logische Konsequenz. Es ist genau dieses apokalyptische Denken, das extrem rechte Attentäter wie in Halle oder Christchurch motivierte – oder ein Netzwerk aus Burschenschafteern dazu bringt, Waffen und Vorräte zu horten.

Die zukünftige Entwicklung der AfD wird sich auch an der Frage entscheiden, welche Rolle den Apokalyptiker\*innen in der Partei zukommt. In ihrem Weltbild gibt es nur Gut und Böse. Nicht mehr um politische Aushandlungsprozesse und eine graduelle Veränderung geht es, sondern um Staatsumbau, „Säuberung“ und Revolution.

## ► Die Macht der Lüge

**Politik und Medien tun sich schwer, den extrem rechten Propagandaerzählungen der AfD etwas entgegenzusetzen. Das hat Folgen auch für die Zivilgesellschaft.**

Der politische Diskurs in Deutschland hat sich deutlich nach rechts verschoben. Begriffe wie „Remigration“ – eine Chiffre für die rassistische Vertreibung unliebsamer Bevölkerungsgruppen – oder die Diffamierung von Medien als „Lügenpresse“ sind inzwischen allgegenwärtig. Das ist ein Erfolg der AfD, die seit ihrer Gründung im Jahr 2013 ihren Einfluss auf die Politik erheblich ausbauen konnte.

Die AfD trägt maßgeblich dazu bei, extrem rechte Erzählungen zu normalisieren, indem sie sie unablässig wiederholt – ob in Parlamenten und Talkshows, auf Social-Media-Plattformen wie TikTok, Telegram und X oder auf der Straße.<sup>60</sup> Wie die emotionalisierende Themensetzung durch die AfD das Verhalten der großen demokratischen Parteien beeinflusst, war zuletzt im kurzen Bundestagswahlkampf 2025 zu erleben. Vor allem um Migration ging es, so dass für andere drängende Themen – etwa Bildung, Digitalisierung, Rente oder Klimaschutz – nur wenig Raum blieb.<sup>61</sup> Auch gelang es kaum, konstruktiv und kompromissbereit zu diskutieren. Dass es bei Migration um Menschen geht, verschwand hinter Begriffen wie „Zustrombegrenzungsgesetz“ oder dem Ziel möglichst hoher Abschiebezahlen.

Weder die extrem rechten Positionen, die die AfD immer unverhohlener vertritt, noch die entsprechenden Einstufungen durch Verfassungsschutzämter haben bislang etwas an den Wahlerfolgen der AfD verändert. Viele Wähler\*innen sehen sie mittlerweile als „normale“ Partei an. Vor der Bundestagswahl gab es u. a. in Solingen, Magdeburg, Aschaffenburg

und München öffentliche Gewalttaten von Männern mit Migrationsgeschichte, die viele Todesopfer forderten. Obwohl jeder dieser Täter einen anderen Hintergrund hatte, gelang es der AfD, die Taten rassistisch zu instrumentalisieren und damit die demokratischen Parteien unter Druck zu setzen.

In der Folge versuchten nahezu alle Parteien, sich mit Forderungen zur Begrenzung der Migration zu profilieren. Studien haben jedoch nachgewiesen, dass Wähler\*innen nicht auf eine demokratische Partei umschwenken, wenn diese Rechtsaußenpositionen übernimmt. Vielmehr fühlen sie sich in ihrer Haltung bestätigt und wählen das Original.<sup>62</sup> Bei Befragungen am Tag der Bundestagswahl wurde der AfD ähnlich hohe Kompetenz in der Flüchtlingspolitik zugeschrieben wie der Union.<sup>63</sup>

### **DIE MEDIEN: VON RECHTS BEFÖRDERTE WAHRNEHMUNGSVERZERRUNG**

Rechte und extrem rechte Medien haben in den letzten Jahren immer größeren Einfluss gewonnen.

Ungezählte Kanäle auf Social-Media-Plattformen wie Telegram, Youtube oder TikTok, rechte Internet-Blogs, aber auch professionell gemachte Nachrichtenseiten und Zeitschriften: Ein reiches Spektrum an selbsternannten „Alternativmedien“ steht extrem rechten Akteur\*innen für Austausch, Vernetzung und die weitgehend ungestörte Verbreitung ihrer Botschaften zur Verfügung. Sie haben sich damit eine „Parallelöffentlichkeit“ geschaffen, in der journalistische Grundsätze nichts zählen, sondern Desinformation und demokratiefeindliche Narrative verbreitet werden. Extrem rechte Deutungen werden stark gemacht und sickern so auch in die Qualitätsmedien ein. Beispielhaft zeigt sich das in der Debatte um „migrantische Kriminalität“. Auch klassische Medien folgen hier zumeist unkritisch der von rechts beförderten Wahrnehmungsverzerrung, die Straftaten von Migrant\*innen deutlich überrepräsentiert.<sup>64</sup>

Dass extrem rechte Narrative inzwischen so viel Raum im öffentlichen Diskurs haben, liegt aber auch am medialen Umgang mit der AfD und ihren Führungspersonen. In Interviews und Talkshows werden die AfD und ihre Vertreter\*innen immer noch als legitime Gesprächspartner\*innen behandelt, obwohl ihre Aussagen oft menschenverachtend, antidemokratisch und wissenschaftlich unhaltbar sind. Das verstärkt nicht nur die Präsenz der AfD, sondern trägt auch zur Normalisierung ihrer extrem rechten Positionen bei.

Oft heißt es aus den Redaktionen, sie wollten die AfD inhaltlich stellen und so ihren Erfolg schmälern. Die Erfahrung aber zeigt, dass das kaum möglich bis aussichtslos ist: Jede noch so gut gemeinte Konfrontation bietet der Partei eine Gelegenheit, ihre Falschaussagen und demokratiefeindlichen Narrative einem Millionenpublikum vorzutragen. Selbst bei außerordentlich guter Vorbereitung der Moderation lässt sich das nicht verhindern.<sup>65</sup> Eine Petition forderte deshalb von Fernsehsendern, Live-Faktenchecks während der Sendungen durchzuführen. Richtigstellungen, die in den Folgetagen veröffentlicht werden, haben deutlich weniger Reichweite als die Sendung selbst und können die

durch die Falschbehauptungen entstandenen Schäden nicht reparieren.<sup>66</sup>

### **NICHT BLENDED LASSEN VON DEN STRATEGIEN DER DISKURSVERSCHIEBUNG**

Angesichts der Flut falscher oder halbrichtiger Aussagen, mit denen die AfD zu operieren pflegt, sind solche Live-Faktenchecks zudem kaum zu leisten. Hinzu käme eine trotz allem wohl nur begrenzte Wirkung: Wie ihre Parlamentsreden dienen Interviews und Talkshowauftritte von AfD-Vertreter\*innen in erster Linie dazu, kurze Videoschnipsel für die eigenen Kanäle zu gewinnen. Alles, was nicht zur eigenen Erzählung passt, wird da ohnehin weggelassen. Wie wenig sich die Partei noch darum sorgt, durch Faktenchecks widerlegt zu werden, zeigte die ARD-Wahlarena am 17. Februar 2025: Als Moderatorin Jessy Wellmer nach einer Falschaussage von Alice Weidel eine Überprüfung ankündigte, machte sich die AfD-Vorsitzende darüber lustig: „Gerne, prüfen Sie’s unbedingt im Faktencheck. Unbedingt prüfen.“<sup>67</sup>

Faktenchecks werden von rechts längst als linke Propaganda zu diskreditieren versucht. Die AfD verweist auf die Meinungsfreiheit, um jede noch so falsche Behauptung zu rechtfertigen. Andersherum aber inszeniert sie sich als Opfer angeblich fehlender Meinungsfreiheit, sobald ihre Aussagen hinterfragt oder kontextualisiert werden.<sup>68</sup> Genau diesen Mechanismus gilt es, in Interviewsituationen aufzuzeigen. Medien und auch zivilgesellschaftliche Akteur\*innen, die in Medienformaten zu Wort kommen, müssen wachsam sein und dürfen sich nicht von den Strategien zur Diskursverschiebung blenden lassen. Extrem rechte Positionen sollten nicht unwidersprochen bleiben, die dahinterliegenden Mechanismen und Taktiken benannt und erklärt werden.

Medienberichte kreisen zudem zu oft nur um die AfD und ihre extrem rechten Inhalte. Menschen, die sich für die Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren, kommen hingegen selten zu Wort.

Zivilgesellschaftliche Bündnisse, die sich der AfD vor Ort entgegenstellen, Schulen, die für Rassismus sensibilisieren, oder Sportvereine, die sich gegen Antisemitismus einsetzen: Ihre Erfahrungen, Sorgen und Bedürfnisse sollten sichtbar werden.

### HERAUSFORDERUNG FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT

Die zunehmende Präsenz der AfD und ihrer Themen in der deutschen Politik, ihr offen formulierter Rassismus und Antisemitismus, ihre Frauen-, Queer- und Homofeindlichkeit fordern gesellschaftliche Akteur\*innen massiv heraus. In ganz unterschiedlichen Bereichen wurde sich in den vergangenen Monaten und Jahren mit der Partei und der gesellschaftlichen Rechtsdrift auseinandergesetzt. Das hat zu einem regelrechten Professionalisierungsschub geführt: Viele Vereine und Verbände, Bildungseinrichtungen und Jugendhilfeträger, aber auch Unternehmen, Hochschulen und Kommunalverwaltungen haben Leitbilder, Grundsätze, Stellungnahmen erarbeitet und ihre Satzungen oder Hausordnungen angepasst, um eine Basis für den Umgang mit Anfeindungen, Bedrohungen und Delegitimierungskampagnen von rechts zu haben. Eine besondere Herausforderung ist der Umgang mit AfD-Mitgliedern, etwa wenn Funktionär\*innen der Partei einem Wohlfahrtsverband oder der Feuerwehr angehören. Dann kommt es zur schwierigen Aufgabe, die zuvor verhandelten Werte, Überzeugungen und roten Linien in konkrete Schritte und Haltungen umzusetzen.

Es haben sich Bündnisse und Netzwerke eigens gegründet, um gegen menschenfeindliche Ideologien und das Erstarken der AfD vorzugehen. Dazu zählen beispielsweise „#AfDnee“, „Aufstehen gegen Rassismus“ oder „Unteilbar“. Sie organisieren Proteste, Demonstrationen und Kampagnen, um ein starkes Zeichen gegen die AfD und ihre Politik zu setzen. Im breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis „Zusammen für Demokratie“ haben sich 2024 mehr als 70 Organisationen zusammengeschlossen, von Sport- und Wohlfahrtsverbänden über

Gewerkschaften, Kirchen und Bildungsträger bis zum Bundesverband Mobile Beratung e. V. und anderen Demokratieinitiativen. Gemeinsam wollen sie für den Schutz der Demokratie eintreten.

## Bündnisse und Netzwerke gegen menschenfeindliche Ideologien und das Erstarken der AfD



#AFDNEE

#AfDnee

[afdnee.de](https://afdnee.de)



**AUFSTEHEN  
GEGEN  
RASSISMUS**



[aufstehen-gegen-rassismus.de](https://aufstehen-gegen-rassismus.de)



**UNTEILBAR**

[unteilbar.org](https://unteilbar.org)



**ZUSAMMEN  
FÜR  
DEMOKRATIE**



[zusammen-fuer-demokratie.de](https://zusammen-fuer-demokratie.de)

Aber auch ganz andere Akteur\*innen positionieren sich inzwischen immer deutlicher: Wirtschaftsvertreter\*innen zeigen sich alarmiert und befürchten einen massiven Wohlstandsverlust, wenn die AfD ihre Pläne durchsetzen würde.<sup>69</sup> Der Deutsche Tourismusverband warnte angesichts der Bundestagswahlergebnisse vor „Intoleranz und Rassismus“.<sup>70</sup> Der Deutsche Kulturrat sieht dem Einfluss der AfD besorgt entgegen. Ständige Rückfragen nach finanziellen Ausgaben führen „im Kulturbereich zu einer Einschüchterung. Die Leute haben Angst, weil sie sich ständig erklären müssen.“<sup>71</sup> Der Deutsche Frauenrat schätzt die AfD als „für Frauen nicht wählbar“ ein und sieht frauenpolitische Errungenschaften in Gefahr.<sup>72</sup> Die KZ-Gedenkstätten in Deutschland kritisierten vor der Bundestagswahl einen politischen und gesellschaftlichen Rechtsruck und warnten vor der Wahl der AfD.<sup>73</sup>

Dennoch haben Engagierte mit enormen Herausforderungen umzugehen. Sie sind einer Einschüchterungsstrategie von rechts außen ausgesetzt, zu der ausgrenzende und menschenverachtende Äußerungen ebenso gehören wie Anfeindungen, Bedrohungen und körperliche Angriffe. Aus der Praxis der Mobilien Beratung wissen wir, dass der Bedarf an Sicherheitsberatungen deutlich gestiegen ist. In manchen Fällen wird das Engagement dadurch gehemmt – auch weil Sorgen bestehen, von der AfD im Parlament an den Pranger gestellt zu werden und darum finanzielle Einbußen erleiden zu müssen. Hier fühlen sich viele Engagierte von der Politik allein gelassen. Diejenigen, die sich trotzdem engagieren, berichten von Gefühlen der Vereinzelung und Ohnmacht.

Zugleich lassen sich viele Menschen zu Protesten mobilisieren: Mit dem Bewusstsein für die Gefährdung der Demokratie wächst der Widerstand gegen die Normalisierung rechter Positionen. Solche Aktionen kommentieren die Präsenz der AfD im öffentlichen Raum und zeigen Solidarität mit der Zivilgesellschaft vor Ort.

## **MILLIONENFACHER PROTEST FÜR DIE DEMOKRATIE**

Die Correctiv-Recherche über das Potsdamer Treffen, bei dem AfD-Politiker\*innen mit Neonazis, rechten CDU-Mitgliedern und Unternehmer\*innen unter anderem über millionenfache „Remigration“ diskutierten, führten von Januar bis März 2024 überall im Land zu Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und für Demokratie. Mehr als 1200 Veranstaltungen mit insgesamt rund vier Millionen Menschen wurden gezählt.<sup>74</sup> Die Zahl der Demonstrationen sank nach dieser ersten Protestwelle zwar wieder, viele Teilnehmende blieben aber engagiert und aktiv gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Weitere Demonstrationen gab es im Vorfeld der Europawahl im Juni 2024 und vor den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im Herbst 2024.

Eine dritte große Protestwelle entstand, nachdem die Unionsfraktion im Januar 2025 einen Entschließungsantrag für eine schärfere Migrationspolitik mit den Stimmen der AfD durch den Bundestag gebracht hatte. Gegen diesen Tabubruch wurde in vielen Städten vor den örtlichen Parteizentralen von CDU und CSU protestiert. Große Demonstrationen im Vorfeld der Bundestagswahl richteten sich gegen Rechtsextremismus und den Rechtsruck, forderten eine „Brandmauer gegen rechts“ und ein Eintreten für die Demokratie. Insgesamt gingen nach Polizeiangaben 1,5 Millionen Menschen bundesweit auf die Straße. Allein in München waren es mindestens 250.000 bei einer Kundgebung auf der Theresienwiese, in Berlin folgten 160.000 Menschen dem Aufruf.<sup>75</sup>

## „Demokratie ist kein Zuschauersport“

**DER FRÜHERE CDU-GENERALSEKRETÄR  
RUPRECHT POLENZ IM GESPRÄCH ÜBER DIE  
GEFÄHRDUNGEN DER DEMOKRATIE – UND  
WAS SICH DAGEGEN TUN LÄSST**

Herr Polenz, Sie kennen die politische Landschaft in Deutschland seit mehr als 50 Jahren aus nächster Nähe. Sie waren erst in der Kommunalpolitik aktiv, dann in der Bundespolitik, zeitweilig auch als CDU-Generalsekretär. Wie hat sich Deutschland durch den Aufstieg der AfD verändert?

**Ruprecht Polenz:** Im Vergleich zum europäischen Ausland ist der Rechtspopulismus bei uns ja später wirksam geworden. Ich führe das darauf zurück, dass die Erfahrungen mit völkischem Nationalismus aus den Jahren 1933 bis 1945 in Deutschland noch nachgewirkt haben. Das ist aber zunehmend verblasst. Ich habe den Eindruck, dass die Strategie der AfD aufgeht, unsere Gesellschaft mehr und mehr zu polarisieren. Sie verstärkt Ängste und schürt Gegensätze, weil sie hofft, auf der Welle von Wut und Empörung nach oben gespült zu werden. Und damit hat sie in Teilen der Bevölkerung leider Erfolg.

**Teilen Sie die Einschätzung, dass die AfD mehr Einfluss auf die politische Debatte hat, als es ihrem Stimmenanteil entspricht?**

Die deutsche Gesellschaft steht vor großen Problemen und Herausforderungen. Um nur ein paar Stichworte zu nennen: Demografie, Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, Pflegenotstand, äußere Sicherheit, Infrastruktur. Gemessen daran nimmt das Thema Migration, obwohl es da natürlich auch Probleme gibt, einen viel zu prominenten Raum ein. Das hat die AfD erreicht, für deren völkisch-nationalistisches Verständnis dieses Thema natürlich zentral ist. Da hat sie den Diskurs verschoben.



**Wie gefährlich ist das?**

Die Menschen nehmen dadurch nur noch einen kleineren Ausschnitt der Realität als für die politische Agenda relevant wahr. Das gipfelt in diesem unsäglichen Satz: Migration sei die Mutter aller Probleme. Aus dieser von der AfD gestellten Falle kommt man kaum noch raus.

**Die AfD vertritt mittlerweile offen den Anspruch, die CDU überflüssig machen zu wollen. Wird das in Ihrer Partei deutlich genug erkannt?**

Die AfD, so drückten es führende Ideologen von ihr aus, will die CDU pulverisieren, also vernichten. Ich würde mir wünschen, dass das Bewusstsein dafür in meiner Partei stärker wäre, als es in Teilen ist. In der CDU gibt es berechnete, aber eben manchmal auch übertriebene Erwartungen, was bei der Migration alles anders und besser geregelt sein müsste – und manche in der Partei haben das Gefühl, die AfD sähe das ja ähnlich. Dabei vergessen sie, dass für die Union die Menschenwürde auch bei den Menschen unantastbar ist, die ohne Anspruch auf Asyl nach Deutschland kommen. Für die AfD dagegen sind Menschen, die sie zum deutschen Volk zählt, allen anderen überlegen. Das heißt: Die Union akzeptiert Pluralismus, auch unterschiedliche kulturelle und weltanschauliche Lebensstile. Die AfD tut das nicht. Über diesen fundamentalen Unterschied darf man nicht hinwegsehen.

**Trotzdem wird die vielzitierte Brandmauer zur AfD immer wieder angekratzt, am einschneidendsten im Januar 2025 im Bundestag, als die Union einen Antrag zur Migration mit den Stimmen der AfD beschloss. Wie sehr lässt Sie das an Ihrer Partei verzweifeln?**

Ich halte solche punktuellen Formen der Zusammenarbeit, die es ja leider auch in der einen oder anderen Kommune vor allem in Ostdeutschland gibt, für fatal. Es wird verkannt, dass der scheinbare Vorteil, eine Mehrheit für einen Antrag zu bekommen, bei weitem durch die Nachteile überwogen wird. Nämlich: die AfD zu normalisieren. Und das ist Punkt eins, was die AfD als rechtsextreme Partei zu erreichen versucht. Die Strategie im Umgang mit der AfD muss vielmehr sein, diese Partei auszugrenzen, weil sie nicht zum demokratischen Spektrum gehört und unsere Demokratie bekämpft. Da sind gemeinsame Abstimmungen – auch wenn es vermeintlich „nur“ um Sachfragen geht – ein großer strategischer Fehler. Diese strategische Einsicht würde ich mir in allen Gliederungen der CDU wünschen. Und bei allen, die in der Partei Verantwortung tragen.

**Was können oder sollten die etablierten Parteien tun, um die Demokratie gegen Rechtsaußen zu verteidigen?**

Demokratie beruht auf Voraussetzungen, die sie selbst nicht schaffen kann: Das ist das soziale Kapital, das unsere Gesellschaft zusammenhält und das immer wieder neu erworben werden muss. Die Polarisierungsstrategie der AfD zielt darauf, das Entstehen dieses sozialen Kapitals zu verhindern und das, was da ist, zu schwächen. Viele Menschen sind sich dieser Grundlagen unserer Demokratie nicht hinreichend bewusst. Deshalb muss man immer wieder erklären, warum das so wichtig ist. Und wir brauchen einen politischen Diskurs, der die tatsächlichen Probleme benennt – ich hatte gerade einige aufgezählt –, der unterschiedliche Lösungsvorschläge unterbreitet und sie dann in einem lösungsorientierten politischen Stil diskutiert. Das darf ruhig auch polemisch sein, mit harter Kritik in der Sache.

Aber es sollte von gegenseitigem Respekt getragen sein. Dann hätte man einen weiteren gravierenden Unterschied im politischen Agieren, denn das Reden der AfD über andere Politiker\*innen ist in der Regel auch persönlich herabsetzend.

**Wie wichtig ist die – auch materielle – Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen?**

Es ist sehr wichtig, dass wir eine lebendige Zivilgesellschaft haben. Um zivilgesellschaftlich als Nichtregierungsorganisation wirken zu können, ist aber staatliche Unterstützung nötig. Man braucht Mittel für Veranstaltungen. Und in vielen Bereichen der Ehrenamtlichkeit braucht es einen hauptamtlichen Kern, der finanziert werden muss, damit die vielen Freiwilligen gut organisiert werden können. Diese Organisationen sind für unsere Demokratie so wichtig, weil man in ihnen erfahren kann, dass das eigene Engagement einen Unterschied machen kann. Was die Psychologie Selbstwirksamkeit nennt, das wird in zivilgesellschaftlichen Organisationen erlernt. Letztlich ist es wie beim Schwimmen: Wenn man nicht ins Wasser geht, lernt man es nicht. Und wenn man Demokratie nicht praktiziert, wird man kein Demokrat und keine Demokratin. Man muss eben erst lernen, Kompromisse auszuhandeln oder andere Leute von der eigenen Meinung zu überzeugen. Dann bekommt man auch ein Verständnis für demokratische Prozesse und kann zu denen gehören, die unsere Demokratie leben und stabilisieren.

**Sie haben angesichts der Gefährdung unserer Demokratie ein Buch mit dem programmatischen Titel „Tu was!“ veröffentlicht – eine Aufforderung, die sich an uns alle richtet.**

Ich will dazu motivieren, sich zu engagieren. Dafür muss man als erstes verstehen, was wir der Demokratie verdanken. Als zweites, worauf sie beruht. Und als drittes, dass sie gefährdet ist und worauf ihre Feinde zielen. Dann kommt man automatisch, denke ich, zu der Frage: Was kann ich denn da tun? Ich gebe deshalb eine ganze Reihe von Tipps, wie

jede\*r nicht nur etwas tun kann, sondern auch sollte. Das fängt mit dem Zeigen von Zivilcourage an, geht weiter über das Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen bis hin zu den Möglichkeiten, wie wir alle Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen können, beispielsweise durch Aktivitäten in Social Media.

**Sie selbst sind äußerst aktiv in den sozialen Medien, auch auf der Plattform X, die unter Elon Musk immer mehr zu einem Verstärker von Hass und Hetze geworden ist und Posts der AfD nachweislich fördert. Für vieles, was Sie dort schreiben, werden Sie angefeindet, mitunter auch aus der eigenen Partei. Warum glauben Sie, dass sich das trotzdem lohnt?**

Was wäre die Alternative? Mir ist unsere Demokratie wichtig und ich glaube, dass sie die Unterstützung von uns allen braucht. Demokratie ist kein Zuschauersport. Man kann sie nicht einfach nur an Politiker\*innen outsourcen und meinen, Wählern geht es genug. Und wenn ich schon dieser Überzeugung bin, dann sollte ich es auch selbst so praktizieren.

**Und dass das ein Kampf gegen Windmühlen beziehungsweise Algorithmen ist, schreckt Sie auch nicht ab?**

In der Politik war es schon immer wie bei Sisyphus, der den Stein den Berg hochrollt – man muss halt aufpassen, dass er nicht dauernd wieder zurückrollt. Auf der anderen Seite bin ich fest davon überzeugt, dass autoritäre Staaten einer Demokratie grundsätzlich unterlegen sind, weil sie zum Beispiel viel zu viele Ressourcen dafür aufwenden müssen, die eigene Bevölkerung zu unterdrücken. In unserer Gesellschaft, wenn sie gut funktioniert, kommen ja alle mit ihren Fähigkeiten so zum Zuge, dass die ganze Gesellschaft davon profitiert. Die systemische Überlegenheit der Demokratie steht für mich deshalb außer Frage.

**Vielen Dank für das Gespräch!**

# WIE UMGEHEN MIT DER AFD? EMPFEHLUNGEN FÜR DIE PRAXIS

Demonstrationen gegen die AfD und ihre extrem rechte Politik sind unbestreitbar ein wichtiges Signal – gerichtet sowohl an die demokratischen Parteien als auch an die AfD und ihre Befürworter\*innen. Zugleich wirken sie nach innen, indem sie demokratisch Engagierte vernetzen und stärken. Es darf jedoch nicht die Illusion aufkommen, dass mit Demonstrationen die Ursachen für den Aufstieg der extremen Rechten und der aus Teilen der Gesellschaft kommende Zuspruch verschwinden.

Zivilgesellschaftliches Engagement braucht einen langen Atem. Und es muss dabei immer im Blick bleiben, dass der Erfolg der AfD und ihres Vorfelds unmittelbare gesellschaftliche Ursachen hat. Die AfD und ihr Vorfeld nutzen Zukunftsängste, die durchaus real und legitim sind, und befeuern sie nach Kräften. In Zeiten von Ukrainekrieg, Klimakrise und wirtschaftlichen Umbrüchen machen sich viele Menschen zu Recht Sorgen – persönlich, aber auch auf das gesellschaftliche Zusammenleben bezogen. Das dient der (extremen) Rechten als Anknüpfungspunkt, um mit Abschottungsideen und Law-and-order-Fantasien das Sicherheitsbedürfnis vieler Bürger\*innen anzusprechen.

Betont werden muss aber auch: Für viele Menschen ist der rassistische Kurs der AfD kein Widerspruch zu ihrer Wahlentscheidung – sie stimmen gerade deshalb für sie. Dagegen zu halten, muss immer ein Ziel der Zivilgesellschaft bleiben.

Wie lässt sich demokratisches Engagement gegen rechts gestalten? Und wie kann es angesichts der erschwerten Bedingungen gelingen, wie sie im ersten Teil dieser Handreichung dargestellt wurden? Dafür bietet dieser zweite Teil Hinweise, Tipps und Ideen. Er basiert auf den Erfahrungen der Mobilien Beratung bundesweit, auf den Fragen und Bedarfen hinsichtlich des Umgangs mit der AfD und den Auswirkungen ihrer Normalisierung, die vor Ort an die Beratungsteams herangetragen werden. Im Konkreten zeigen sich die komplexen Herausforderungen und unterschiedlichen Ebenen, mit denen alle zu tun haben, die in ihrem Stadtviertel oder Verein, ihrer Initiative oder ihrem Unternehmen, ihrer Kommunalverwaltung oder Nachbarschaft aktiv für Demokratie eintreten. Neben diesen Impulsen enthält dieses Kapitel zudem Verweise auf andere Veröffentlichungen, die zu einzelnen Zielgruppen oder Themen vertiefende Informationen liefern.

Es bleibt wichtig, gemeinsam darum zu streiten, wie ein gesellschaftliches Miteinander in Zukunft gelingen kann. Dabei dürfen Meinungsverschiedenheiten und Uneinigkeiten selbstverständlich bestehen. Denn Reibung birgt das Potenzial für neue Ideen, die demokratische Debatte lebt vom Dissens. Entscheidend ist, dass der Austausch von gegenseitigem Respekt getragen ist.

## ► Demokratie ist nicht neutral!

**Ob in Schule, Sportverein oder Theater: Warum Neutralitätspflicht nicht bedeutet, zur AfD schweigen zu müssen.**

**Mit der Forderung nach „Neutralität“ werden Engagierte in der Zivilgesellschaft, Verantwortliche in Jugendverbänden oder Sportvereinen sowie Fachkräfte in Kommunalverwaltungen und Schulen gezielt von rechts unter Druck gesetzt. Engagement gegen die extreme Rechte und für Demokratie soll als parteipolitisch oder ideologisch einseitig abgewertet werden – mit Folgen beispielsweise für die Gemeinnützigkeit von Vereinen. Wie lässt sich darauf reagieren?**

Neutralität wird seit Jahren strategisch als „Kampfbegriff“<sup>76</sup> der extremen Rechten genutzt, um demokratisches Engagement zu diskreditieren. In Schulgesetzen der Länder, im Beamtenrecht oder im Gemeinnützigkeitsrecht ist geregelt, dass Lehrkräfte oder Sportvereine keine Werbung für eine bestimmte Partei machen dürfen. Aus dieser rechtlich festgeschriebenen parteipolitischen Neutralität leitet die extreme Rechte ihre Forderung nach völliger Wertneutralität ab. Die Behauptung: Alle öffentlichen bzw. öffentlich geförderten Einrichtungen, von der Schule über Kirchen und Theater bis zum gemeinnützigen Verein, dürften sich zu keinerlei politischen Fragen äußern. Das erzeugt Druck und Verunsicherung, sowohl bei den betroffenen Akteur\*innen selbst als auch in Ministerien und auf den Leitungsebenen von sozialen oder Bildungseinrichtungen. Noch einmal verschärft wurde dies, als CDU und CSU im Februar 2025 durch eine kleine Anfrage im Bundestag die Gemeinnützigkeit

zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen in Zweifel zogen – weil sie zu Protesten aufgerufen hatten, nachdem die Union einen migrationspolitischen Antrag mit den Stimmen der AfD durchs Parlament gebracht hatte. Doch gerade in Zeiten einer normalisierten extremen Rechten ist die Forderung nach einer völligen politischen Neutralität nicht nur problematisch, sondern auch falsch. Das Grundgesetz garantiert allen in Deutschland lebenden Menschen grundlegende Rechte gegenüber dem Staat, aber auch in der Gesellschaft allgemein (Art. 1–17, 33, 101–104 GG). Sich gegen die antidemokratische Ungleichheitsideologie der extremen Rechten zu positionieren, heißt, diese Grund- und Menschenrechte zu verteidigen. (Kommunal-)Politiker\*innen, Lehrkräfte, politische Bildner\*innen wie auch Verantwortliche in Vereinen, Verbänden, Stiftungen und anderen Institutionen dürfen das nicht nur, sie sollten es auch tun. Im Sinne von Grundgesetz und Menschenrechten können sie niemals „neutral“ sein.<sup>77</sup>

## ZUM BEISPIEL: SCHULE

In vielen Schulen sind Lehrkräfte und Schulsozialarbeitende unsicher, ob und wie sie sich inhaltlich zur AfD positionieren dürfen. Parteivertreter\*innen, aber auch Eltern oder sogar Schüler\*innen werfen ihnen vor, sie würden durch kritische Auseinandersetzungen mit den extrem rechten und demokratiefeindlichen Positionen der AfD ihre Neutralitätspflicht verletzen.

**Einem Schulleiter wurde zugetragen, dass eine Schülerin extrem rechte Inhalte, teils von der AfD, in den sozialen Medien geteilt habe. Er konfrontierte die Schülerin und zog dabei zur rechtlichen Einschätzung die Polizei hinzu. Im Anschluss nutzte die Mutter der Schülerin ihre persönlichen Kontakte zur AfD, um sich über den Schulleiter zu beschweren. Daraufhin brachte die AfD-Landtagsfraktion das Thema in den Landtag, stellte eine kleine Anfrage zum „Umgang mit Neutralität an der Schule“ und machte massiv Stimmung gegen die Schule und persönlich gegen den Schulleiter, der im Zuge dessen in den sozialen Medien geoutet wurde und Morddrohungen erhielt.**

Für das Mobile Beratungsteam ist klar: Schulen dürfen sich nicht nur kritisch mit der AfD auseinandersetzen, sie müssen es sogar. Und: Wenn Schüler\*innen in den sozialen Medien durch extrem rechte Posts auffallen, bedarf das einer Thematisierung und Bearbeitung im schulischen Kontext. Die Lehrkräfte haben in jedem Bundesland die klare gesetzliche Aufgabe, Schüler\*innen im Sinne der Werte des Grundgesetzes und der Landesverfassungen zu bilden und sie bei der Entwicklung zu mündigen Erwachsenen zu unterstützen. Die Mobile Beratung stärkt Schulen, handlungsfähig zu bleiben und trotz Angst vor Diffamierung mit einer klaren Haltung für Demokratie und Menschenrechte einzustehen.

- ▶ Lehrkräfte müssen nicht neutral sein. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) (2024): <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/lehrkraefte-muessen-nicht-neutral-sein>

- ▶ Neutrale Schule? Grundlagen und Grenzen des Neutralitätsgebots in der Schule. Fachstelle für Demokratie, Landeshauptstadt München (2024): [https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:bd23e732-0f8a-44e7-bad1-a15c3985b953/Neutrale%20Schule\\_101224.pdf](https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:bd23e732-0f8a-44e7-bad1-a15c3985b953/Neutrale%20Schule_101224.pdf)
- ▶ Warum wir nicht neutral sein dürfen. Eine Handreichung für Ausbildungsverantwortliche und Lehrkräfte. Netzwerk Demokratie und Courage Sachsen (2024): [https://www.netzwerk-courage.de/wp-content/uploads/2024/12/handreichungSKA2\\_NichtNeutral\\_SAX.pdf](https://www.netzwerk-courage.de/wp-content/uploads/2024/12/handreichungSKA2_NichtNeutral_SAX.pdf)
- ▶ Schweigen ist nicht neutral. Menschenrechtliche Anforderungen an Neutralität und Kontroversität in der Schule (2019): <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/schweigen-ist-nicht-neutral>

## ZUM BEISPIEL: KIRCHENGEMEINDEN

Die von der AfD geschürte Sorge, gegen das Neutralitätsverbot verstoßen zu können, sorgt oft für eine „Schere im Kopf“. Engagement gegen Rechtsextremismus – auch an Orten wie der Schule, dem Sportverein oder der Kirchengemeinde – erfordert jedoch klare Stellungnahmen und entschlossenes Handeln. Nur so kann eine Gesellschaft verteidigt werden, die auf demokratischen Grundwerten aufbaut.

**Die Evangelische Kirche Mitteldeutschland (EKM) hat auf ihrer Landessynode <sup>78</sup> im April 2024 beschlossen, dass AfD-Mitglieder nicht in das Amt eines Gemeindegirchensrates gewählt werden können.**

**Im Gemeindegirchensratsgesetz (§ 6 Abs. 2) heißt es: „Wählbar ist nicht, wer [...] sich kirchenfeindlich betätigt [...].“ In der Ausführungsverordnung zu dieser Regelung wurde festgelegt: „Als kirchenfeindlich gilt auch, wer die in Artikel 2 der Kirchenverfassung EKM festgelegten Grundsätze nicht anerkennt und extremistische, antisemitische, fremdenfeindliche oder sonst menschenverachtende Positionen**

vertritt oder sich in entsprechenden Organisationen betätigt.“

Das kirchliche Personal hatte sich zuvor auf der Suche nach Expertise und Unterstützung an die Mobile Beratung in Thüringen gewandt. Das Team erstellte die Grundlage für den Passus, indem es aufzeigte, wie Positionen und Aussagen der AfD mit den Grundsätzen der EKMD-Verfassung kollidieren.

- ▶ Warum Mitglieder der AfD nicht Mitglied im Gemeindegemeinderat sein können (2024): [https://www.ekmd.de/asset/VOJoJ\\_o5RRipapnTuvUu-gA/hintergrund-keine-afd-mitglieder-im-gkr.pdf](https://www.ekmd.de/asset/VOJoJ_o5RRipapnTuvUu-gA/hintergrund-keine-afd-mitglieder-im-gkr.pdf)
- ▶ Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und extremer Rechter. Beschluss der 13. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 4. Tagung 2023: <https://www.ekd.de/auseinandersetzung-gruppenbezogener-menschenfeindlichkeit-82374.htm>
- ▶ Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar. Erklärung der deutschen Bischöfe (2024): [https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse\\_downloads/presse\\_2024/2024-023a-Anlage1-Pressebericht-Erklaerung-der-deutschen-Bischoefe.pdf](https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2024/2024-023a-Anlage1-Pressebericht-Erklaerung-der-deutschen-Bischoefe.pdf)
- ▶ Impulse für den Umgang mit Rechtspopulismus im kirchlichen Raum. Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (2020): [https://bagkr.de/wp-content/uploads/2020/11/Broschur\\_bagkr\\_rechtspopulismus\\_web.pdf](https://bagkr.de/wp-content/uploads/2020/11/Broschur_bagkr_rechtspopulismus_web.pdf)

### ZUM BEISPIEL: WOHLFAHRTSORGANISATIONEN

Organisationen und Verbände der Wohlfahrt erleben immer wieder Ablehnung und Feindmarkierungen durch AfD-Vertreter\*innen. So wird beispielsweise bei Kritik an der AfD damit gedroht, den Geldhahn zuzudrehen. Dabei geht es selten um die Sache

selbst, sondern um demokratiefeindliche Kampagnen der AfD. Für die Verbände und ihre Mitarbeitenden stellt sich die Frage, wie sie weiterhin die Rechte von Minderheiten vertreten können, ohne in ihren Handlungsspielräumen eingeschränkt zu werden. Ein klares Bekenntnis zu den Grundwerten der Demokratie ist dafür unverzichtbar.

In einem Kreistag wird die Wahl zum Jugendhilfeausschuss zur Bühne für demokratiefeindliche Strategien der AfD. Ein AfD-Mandatsträger warnt davor, Vertreter\*innen von Wohlfahrtsverbänden zu wählen – sie würden „die ganzen Ausländer reinholen“. Tatsächlich geht es nicht um die fachliche Eignung, sondern darum, kritische Stimmen auszugrenzen. Wer sich offen gegen extrem rechte Positionen stellt, soll kein Amt bekommen. Im Landtag wird diese Strategie von Anfragen flankiert, mit denen die AfD die Vergabe von Fördergeldern im Bereich Migration mit sicherheitspolitischen Themen verknüpft – ein weiterer Versuch, Druck auf Wohlfahrtsverbände aufzubauen.

Die Mobile Beratung unterstützte dabei, das Vorgehen der AfD als gezielte Kampagne zu erkennen, sich mit anderen demokratischen Akteur\*innen auszutauschen und solidarisch zu sein. Gemeinsam mit dem Team der Mobilien Beratung formulierte der Wohlfahrtsverband eine klare Haltung und suchte Rückhalt bei Verbündeten. Das Engagement gegen Rechtsextremismus und menschenverachtende Einstellungen wurde im Verband als notwendig beschrieben. Es wurden konkrete Strategien erarbeitet, um sich als Demokrat\*innen nicht einschüchtern und mundtot machen zu lassen.

- ▶ Handlungssicher gegen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit. Eine Arbeitshilfe für ehren- und hauptamtlich Aktive. AWO Bundesverband e.V. (2024): [https://demokratie.awo.org/wp-content/uploads/Handlungssicher\\_fuer\\_Demokratie.pdf](https://demokratie.awo.org/wp-content/uploads/Handlungssicher_fuer_Demokratie.pdf)
- ▶ Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Eine Handreichung für die Diakonie. Diakonie Deutschland (2024): <https://www.>

[diakonie.de/diakonie\\_de/user\\_upload/diakonie.de/PDFs/Publikationen/2024-10-22-Handreichung-Rechtspopulismus-4.-Auflage-A5-web.pdf](https://www.diakonie.de/diakonie_de/user_upload/diakonie.de/PDFs/Publikationen/2024-10-22-Handreichung-Rechtspopulismus-4.-Auflage-A5-web.pdf)

- ▶ Positionierung des Paritätischen zu Rechts-Extremismus und Politik der AfD. Paritätischer Gesamtverband (2018): [https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user\\_upload/Schwerpunkte/vielfalt-o-alternative/doc/180419\\_vr-beschluss\\_Position-zu-AfD.pdf](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/vielfalt-o-alternative/doc/180419_vr-beschluss_Position-zu-AfD.pdf)

## ZUM BEISPIEL: JUGENDVERBÄNDE

In der Jugendarbeit müssen sich pädagogische Fachkräfte mit sehr unterschiedlichen Menschen und Meinungen auseinandersetzen. Dabei sind sie auch mit ausgrenzenden Äußerungen, gewaltvollem Handeln oder bewussten Provokationen konfrontiert. Die Träger der Arbeit sind in der Regel weltanschaulich positioniert, etwa konfessionell oder politisch. Sie orientieren sich an einem eigenen Wertekompass und können nicht „neutral“ sein.

**Die hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen eines Jugendverbandes im ländlichen Raum sind vielfach herausgefordert: Ehrenamtliche scheuen sich vor einer politischen Positionierung, weil sie unsicher sind und die Reaktion der Mitglieder fürchten. In seinen Gremien und gegenüber der Öffentlichkeit ist der Verband aber genötigt, einen Umgang mit der AfD zu finden – die immer wieder die Jugendverbandsarbeit angreift und dem Landesjugendring die Finanzierung entziehen will. Das Mobile Beratungsteam hat mit Haupt- und Ehrenamtlichen die Strategien der extremen Rechten diskutiert und Handlungsmöglichkeiten für den Verband entwickelt, darunter konkrete Checklisten für Veranstaltungen und erste Schritte für Satzungsänderungen.**

- ▶ Mythos Neutralitätsgebot. Eine Handreichung. Deutscher Bundesjugendring und Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (2024): <https://www.dbjr.de/fileadmin/PDFtmp/Handreichung-Neutralitaet-DBJR-AdB-2024.pdf>

- ▶ Wir sind nicht neutral – Neutralitätsfiktion und Jugendverbandsarbeit. LAG Jugendringe NRW (2025): <https://www.aej-nrw.de/wp-content/uploads/2025/03/Vorstandsbeschluss-Wir-sind-nicht-neutral-Neutralitaetsfiktion-und-Jugendverbandsarbeit.pdf>
- ▶ Umgang mit Rechtspopulismus. Handlungsempfehlung des Landesfeuerwehrverbandes Hessen und der Hessischen Jugendfeuerwehr (2024): <https://feuerwehr-hessen.com/wp-content/uploads/2024/04/2022-LFV-JFHessen-Umgang-mit-Rechtspopulismus-V2.pdf>

## ZUM BEISPIEL: ZIVILGESELLSCHAFTLICHE INITIATIVEN UND BÜNDNISSE

Zivilgesellschaftlich Engagierte sind parteiisch – im besten Sinne: Sie setzen sich für die demokratische Grundordnung ein, für die Rechte von Menschen, die in unserer Gesellschaft gefährdet sind, und gegen diejenigen, die diese Werte untergraben wollen. Nur durch entschlossenes und sichtbares Engagement für Demokratie kann der Widerstand gegen Rechts-Extremismus gestärkt und die demokratische Gesellschaft langfristig geschützt und weiter gefestigt werden. Wer in diesem Sinne handelt, muss jedoch zunehmend mit Diffamierungskampagnen, etwa durch parlamentarische Anfragen oder Social-Media-Posts, rechnen.

**In einer ostdeutschen Kreisstadt fanden sich 2019 junge Menschen zu einer unverbindlichen Initiative zusammen. Auf kreative, humoristische Art und Weise widersprachen sie dem Agieren der AfD vor Ort. Für eine öffentliche Solidaritäts-Aktion für von Rassismus Betroffene beantragte die Initiative finanzielle Unterstützung durch die lokale „Partnerschaft für Demokratie“.**

**Als Reaktion kriminalisierten lokale AfD-Politiker die Akteur\*innen: Mittels Fotomontagen auf den Social-Media-Kanälen der AfD fingierten sie die Zerstörung eines AfD-Wahlkampfstandes, die es**

nie gegeben hatte. Dabei verwendeten sie Logos des Bundesprogramms „Demokratie leben!“, um den Eindruck einer staatlichen Finanzierung des angeblichen Überfalls zu erwecken. Dies bot der AfD-Fraktion im Kreistag den Anlass, die „Partnerschaft für Demokratie“ zu diffamieren. Es folgten zahlreiche Anfragen im Landtag zur Initiative sowie zur Arbeit der „Partnerschaft für Demokratie“. Ein AfD-Politiker zeigte ein Mitglied der Initiative wegen vermeintlicher Straftaten an.

Die Mobile Beratung unterstützte die Initiative bei der Festigung eines solidarischen Netzwerks und vermittelte juristische Beratung. Auch ihre Expertise zu extrem rechten Strukturen und Strategien half, die Gesamtsituation zu verstehen. Gemeinsam wurde ein strategisches Vorgehen erarbeitet, um Ressourcen und Netzwerke für den rechtlichen Umgang mit den Anfeindungen und Verleumdungen zu nutzen, souverän in Kreistagssitzungen aufzutreten und angemessene Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

- ▶ Rechtsgutachten: Zur Bedeutung des sogenannten Neutralitätsgebots für zivilgesellschaftliche Vereine der Demokratie- und Jugendarbeit (2024): <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2024/08/2024-07-25-Rechtsgutachten-zum-Neutralitaetsgebot-Prof.-Dr.-Hufen-Endfassung-signiert.pdf>
- ▶ Dürfen Vereine gegen Rechtsextremismus demonstrieren? Kurze Hilfestellung für demonstrationsreiche Zeiten (2024): <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/duerfen-vereine-demonstrieren/>
- ▶ How to Zivilgesellschaft: Infomaterial für gemeinnützige Vereine. Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF): <https://freiheitsrechte.org/gemeinnuetzigkeit-infomaterial>

## ZUM BEISPIEL: SPORTVEREINE

Wenn es um Politik geht, tun sich viele Sportvereine mit deutlichen Positionierungen schwer. Grundsätzlich haben Vereine aber das Recht, im Rahmen ihrer Meinungs- und Versammlungsfreiheit Stellung zu beziehen und sich gelegentlich auch zu Fragen zu äußern, die über ihren Satzungszweck hinaus gehen. Davon können – und sollten – Sportvereine, aber auch die Freiwillige Feuerwehr oder die Pfadfinder Gebrauch machen.

Ein westdeutscher Sportverein engagierte sich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Dafür stand der Verein immer wieder in der Kritik, auch innerhalb des Klubs wurde über die öffentliche Positionierung diskutiert. Einige Funktionär\*innen befürchteten, dass der Verein Mitglieder verschrecken könnte, wenn er sich zu deutlich äußert. Andere sorgten sich um den Ruf in der Region und den möglichen Verlust von Fördermitteln.

Das Mobile Beratungsteam unterstützte den Verein bei der Erarbeitung einer Präambel zur Satzung und der Überarbeitung der Hausordnung. Dabei kam auch zur Sprache, wie zukünftig mit Mitgliedern umgegangen werden kann, die sich ausgrenzend äußern oder in extrem rechten Organisationen aktiv sind.

- ▶ RECHTSSicherheit im Sport. Politisch neutral?! Umgang mit Positionierungen, Vermietungen, Einladungen. Deutsche Sportjugend im DOSB (2020): [https://static-dsj-de.s3.amazonaws.com/Publicationen/PDF/RECHTSSicherheit\\_im\\_Sport.pdf](https://static-dsj-de.s3.amazonaws.com/Publicationen/PDF/RECHTSSicherheit_im_Sport.pdf)
- ▶ FAQ: Was Sportorganisationen jetzt wissen sollten. Für die Werte des Sports – gegen rechtsextreme Positionen. Landessportbund NRW: <https://www.lsb.nrw/unsere-themen/integration-und-inklusion/faq-sport-und-demokratie>
- ▶ Positionen des Landessportbundes Hessen zum Umgang mit antidemokratischen und rechtsextremistischen Gruppierungen (2024): <https://www.landessportbund-hessen.de/>

[fileadmin/media/Servicebereich/Sport\\_und\\_Demokratie/Positionierung\\_zu\\_antidemokratischen\\_und\\_rechtsextremistischen\\_Gruppierungen.pdf](#)

- ▶ Mit Schutz und Rückendeckung – Was Vereine und Engagierte gegen rechtsextreme, menschenfeindliche und antidemokratische Angriffe tun können (2023): <https://bundesverband-mobile-beratung.de/publikationen/mit-schutz-und-rueckendeckung-was-vereine-und-engagierte-gegen-rechtsextreme-menschenfeindliche-und-antidemokratische-angriffe-tun-koennen/>

### ZUM BEISPIEL: KULTUR

Auch Kultureinrichtungen wie Schauspielhäuser, Theaterensembles, soziokulturelle Zentren, Museen und Gedenkstätten werden zur Zielscheibe rechter Akteur\*innen. Mit Anfragen in Landtagen und kommunalen Gremien versucht die AfD, die Verfassungstreue solcher Institutionen in Frage zu stellen und somit eine finanzielle Förderung zu delegitimieren. Gleichzeitig sieht sich der Kulturbetrieb mit Bedrohungen von rechts außen konfrontiert, online wie offline. In Anfragen an die Mobile Beratung ist die Sicherheit von Kulturschaffenden ein regelmäßiges Thema.

Das Schauspielhaus einer westdeutschen Großstadt setzt sich in seinen Inszenierungen unter anderem mit Themen rund um gesellschaftliche Diversität und Demokratie auseinander. Da es in anderen Schauspielhäusern bereits zu rechten Störungen und Anfeindungen gekommen ist, befürchtete das Theater, zur Zielscheibe der lokalen AfD-Fraktion und anderer rechter Akteur\*innen zu werden. Nach ersten kleineren Störungen und rassistischen Kommentaren aus dem Publikum sorgten sich die Schauspielenden und Beschäftigten des Theaters zunehmend um den reibungslosen Ablauf ihrer Vorstellungen und die Sicherheit des Ensembles.

Mit Unterstützung der Mobilen Beratung erarbeitete das Ensemble ein Sicherheitskonzept für

öffentliche Veranstaltungen. Darüber hinaus wurden gemeinsame Handlungsschritte bei möglichen rechten Anfeindungen festgelegt.

- ▶ Alles nur Theater? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts (2019): <https://www.mbr-berlin.de/en/publikationen/alles-nur-theater-zum-umgang-mit-dem-kulturkampf-von-rechts-2019/>
- ▶ Nur Schnee von gestern? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts in Gedenkstätten und Museen (2019): <https://www.mbr-berlin.de/en/publikationen/nur-schnee-von-gestern-zum-umgang-mit-dem-kulturkampf-von-rechts-in-gedenkstaetten-und-museen-2020/>
- ▶ Alles nur leere Worte? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts in Bibliotheken (2023): <https://www.mbr-berlin.de/publikationen/alles-nur-leere-worte-zum-umgang-mit-dem-kulturkampf-von-rechts-in-bibliotheken-2023/>
- ▶ Laudenbach, Peter: Volkstheater. Der rechte Angriff auf die Kulturfreiheit. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (2024): <https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/547905/volkstheater/>

### ZUM UMGANG MIT DIFFAMIERUNGSKAMPAGNEN

Im Februar 2025 löste die Unionsfraktion im Bundestag mit einer kleinen Anfrage Unsicherheit und Empörung bei zahlreichen Vereinen, Verbänden und Initiativen aus. Die Anfrage unter dem Titel „Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ umfasste 551 Fragen zur Finanzierung und politischen Haltung von 17 deutschen Nichtregierungsorganisationen, darunter die Amadeu Antonio Stiftung, die Omas gegen Rechts und das Medienhaus Correctiv. Zivilgesellschaftlichen Organisationen wurde darin vorgeworfen, sie bildeten eine „Schattenstruktur, die mit staatlichen Geldern indirekt Politik“ betreibe.<sup>79</sup> Politiker\*innen

anderer Parteien, Journalist\*innen und das zivilgesellschaftlich engagierte Umfeld der betroffenen Organisationen, darunter der Bundesverband Mobile Beratung e. V. (BMB), nahmen die Anfrage als Angriff auf ihr Engagement wahr. Als Reaktion veröffentlichte der BMB zusammen mit 200 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Wissenschaftler\*innen einen offenen Brief, in dem die Anfrage als Angriff auf ihre Unabhängigkeit und Demokratiearbeit kritisiert wurde. In dem Brief werden Anerkennung und Schutz für die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen gefordert und betont, dass eine freie Zivilgesellschaft von zentraler Bedeutung für den Erhalt der Demokratie ist.<sup>80</sup>

Anfragen wie diese erschüttern das Vertrauen in die Zivilgesellschaft und missachten ihren Einsatz für demokratische Werte. Die Empörung war auch deshalb so groß, weil die Anfrage und ihr Ton an eine Kampagne extrem rechter Medien und viele ähnlich lautende Anfragen der AfD in Landesparlamenten und dem Bundestag anknüpft.<sup>81</sup> Seit Jahren ist es erklärte Strategie der Partei, auf diesem Weg die Räume für demokratisches Engagement zu verengen.

Wie können Organisationen, Initiativen und Vereine auf solche Diffamierungsversuchen reagieren? Die folgenden fünf Empfehlungen zeigen Handlungsmöglichkeiten auf.

### **BEWUSSTSEIN SCHAFFEN FÜR RECHTE STRATEGIEN**

Grundsätzlich ist es wichtig, sich der hinter den Kampagnen liegenden Strategie bewusst zu sein. Die Inhalte drehen sich um Fördermittel, angebliche Verletzung des Neutralitätsgebotes oder „Linksextremismus“-Vorwürfe – sie dienen aber der Selbstinszenierung der AfD und ihres Vorfelds als „Opfer“ und der Delegitimierung von Protest und demokratischem Engagement. Eine frühzeitige inhaltliche Auseinandersetzung mit Aufbau und Formulierungen von entsprechenden Anfragen, den Zielen und Funktionsweisen von Diffamierungskampagnen und den Folgen für Betroffene ist deshalb hilfreich.



Neutralität bedeutet nicht Gleichgültigkeit: Organisationen müssen sich weiterhin klar gegen Angriffe auf die Menschenwürde positionieren können. Sie beziehen sich auf das Grundgesetz und verteidigen die darin verankerten Werte. Demokratie lebt von Verantwortungsbewusstsein – auch in der Zivilgesellschaft. Gerade in Zeiten wachsender gesellschaftlicher Spannungen sollten demokratische Parteien sich nicht an Versuchen beteiligen, zivilgesellschaftliches Engagement durch öffentliche Zweifel und potenzielle rechtliche Konsequenzen zu delegitimieren.

*(Aus dem offenen Brief, mit dem der Bundesverband Mobile Beratung e. V. zusammen mit 200 weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen auf die kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur „politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ reagierte.)*

## **AUSTAUSCH UND SOLIDARITÄT**

In die inhaltliche Auseinandersetzung sollten möglichst viele Beteiligte einbezogen werden. Hierfür können neben den Strukturen der eigenen Organisation Netzwerke im Arbeitskontext, im Stadtteil oder im Ehrenamt genutzt werden. Durch gemeinsam formulierte offene Briefe, eigene Stellungnahmen oder Veranstaltungen können sich Partner\*innen solidarisch zeigen und gegenseitig stärken.

für die Zukunft zu verschriftlichen. Selten bleibt es bei nur einem Diffamierungsversuch – insbesondere dann, wenn die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen Erfolge zeigt. Mit weiteren Anfragen und Kampagnen muss gerechnet werden. Gibt es Strategiepapiere und Handreichungen, erleichtert das die Reaktion und stärkt die Akteur\*innen in ihrem Handeln. Außerdem können die Erfahrungen so auch anderen zugänglich gemacht werden.

## **STÄRKUNG VON BETROFFENEN**

Von Diffamierungskampagnen Betroffene sollten schnell und pragmatisch unterstützt werden. Neben der ideellen und ggf. finanziellen Unterstützung gehört dazu auch, ein Problembewusstsein für mögliche extrem rechte Bedrohungen bei (bisher) nicht Betroffenen zu schaffen. In akuten Situationen sollten bedrohte Personen aus dem Fokus genommen werden, etwa durch Regelungen zur Annahme von Telefonaten oder Mails.

## **KONTAKTAUFNAHME ZU POLITISCHEN PARTEIEN**

Um im politischen Raum Unterstützung zu bekommen, wenn es zu extrem rechten Diffamierungsversuchen z. B. durch parlamentarische Anfragen kommt, empfiehlt sich eine frühzeitige Kontaktaufnahme mit Vertreter\*innen demokratischer Parteien. Gegenüber Politiker\*innen auf lokaler, Landes- und Bundesebene sollten die Erfolge und der Wert der eigenen Arbeit verdeutlicht werden, auch um zu verhindern, dass „Extremismus“-Vorwürfe verfangen und sich Politiker\*innen deshalb abwenden.

## **ERSTELLEN VON STRATEGIEPAPIEREN ODER HANDREICHUNGEN**

Nicht zuletzt ist es sinnvoll, die erarbeiteten Prozesse und die daraus abgeleiteten Handlungsschritte

## ► Haltung zeigen – jetzt erst recht!

**Wie es trotz allem gelingen kann, den Aufstieg der AfD zu stoppen und Menschen für die Demokratie zurückzugewinnen.**

Nach den Bundestagswahlen 2025 konnte der Eindruck entstehen, dass ein weiteres Erstarken der AfD und eine Kanzlerinnenschaft von Alice Weidel ab 2029 unausweichlich seien. Doch auch wenn in einer Zeit multipler Krisen viele Menschen bereit sind, einer vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuften Partei ihre Stimme zu geben (und viele von ihnen ein gefestigtes extrem rechtes Weltbild vertreten): Es ist längst nicht ausgemacht, wie sich diese Geschichte weiterentwickelt.

Die Wahlergebnisse der AfD in den Jahren 2024 und 2025 wirken nach. Die Mobile Beratung in Thüringen MOBIT schreibt in einem Statement nach den Landtags- und Bundestagswahlen: „In dieser Phase müssen wir auf der Ebene zivilgesellschaftlichen Engagements unsere Grenzen erkennen.“ Trotz Massenprotesten und vieler Projekte zur Verteidigung der Demokratie kann die AfD nun ihre Strukturen weiter professionalisieren und wird gerade in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen den Druck auf demokratisch Engagierte erhöhen. Die Kolleg\*innen schreiben aber auch: „Es geht um viel und aufgeben kann keine Option sein.“<sup>82</sup>

Es gilt, sich vor Augen zu führen: 50 Millionen Wahlberechtigte haben die AfD bei der Bundestagswahl 2025 nicht gewählt. 80 Prozent der Wähler\*innen haben sich gegen diese Partei entschieden. Auf diesen Mehrheiten lässt sich aufbauen und gewiss ist ein Teil der AfD-Wähler\*innen noch erreichbar und davon zu überzeugen, bei der nächsten Wahl

ihre Stimme einer anderen, demokratischen Partei zu geben. Dafür bedarf es aber jetzt und gerade dort, wo Dialog (noch) möglich ist, einer breiten Kraftanstrengung.

Wie kann die eigene Haltung gezeigt werden? Und wie kann aus dieser Haltung heraus selbstbestimmt und aktiv gehandelt werden, statt nur auf äußere Umstände zu reagieren? Welche Handlungsoptionen bestehen? Es ist gerade für Vereine und Verbände, Organisationen und Unternehmen an der Zeit, sich noch einmal intensiv mit den eigenen Werten auseinanderzusetzen – auch über das Bekenntnis zu „Vielfalt und Toleranz“ hinaus – und verbale Positionierungen in konkrete Handlungen zu übersetzen. Das bedeutet, dass Leitbilder, Satzungspräambeln oder Positionspapiere nicht mehr nur Symbole sind, die die eigene demokratische und menschenrechtsorientierte Haltung beschreiben. Diese Haltung muss nun auch praktisch eingelöst werden.

Viele Menschen sind im beruflichen Kontext wie im privaten Umfeld immer häufiger mit Ausgrenzungen, Verschwörungserzählungen und extrem rechten Deutungen konfrontiert. Ob im Umgang mit Klient\*innen und Kund\*innen oder an der Kaffeetafel mit Familie und Freund\*innen: Es fällt oft schwer, die richtigen Worte zu finden. Und zunehmend stellt sich die Frage: Lohnt sich das überhaupt? Aus Beratungsperspektive kann die Antwort nur lauten: Es lohnte sich nie mehr als jetzt!

### **MEHR ALS SYMBOLPOLITIK**

Das Ziel, möglichst viele Menschen zu „bekehren“, ist utopisch. Trotzdem können Organisationen und Einzelne viele Menschen erreichen, um der Rechtsdrift menschenrechtsorientierte Positionen und demokratische Werte entgegenzustellen. Dagegenzuhalten ist auch als Zeichen wichtig, damit menschenverachtende Äußerungen nicht unwidersprochen bleiben und nicht zu einem akzeptierten Teil der Diskussion werden. Damit wird auch bisher Unbeteiligten ein Signal gegeben oder eine Grenze gesetzt.

### **DESTRUKTIVITÄT UND FEHLENDE LÖSUNGSANSÄTZE AUFZEIGEN**

Der AfD und ihrem Umfeld geht es selten um konstruktive Lösungen für gesellschaftliche Probleme. Stattdessen werden Probleme aufgebauscht und umgedeutet, Lügen verbreitet und Ängste geschürt, um sie politisch zu instrumentalisieren. Diese Strategie der Destruktivität kann in Diskussionen aufgezeigt und die teils verheerenden gesellschaftlichen Auswirkungen einer solchen Politik erklärt werden. Oft geht es zudem weniger um politische Inhalte als um den persönlichen Machtgewinn einzelner Akteur\*innen. Trotzdem: Auch Ängste und starke Emotionen dürfen Raum bekommen, wenn sie auf realen Problemen basieren. Dazu gehört dann aber auch, auf die Strategien der AfD in diesem Zusammenhang aufmerksam zu machen.

### **OPFERERZÄHLUNG VERDEUTLICHEN UND LOGIK DURCHBRECHEN**

Sich selbst stets als Opfer darzustellen, ist eine besonders wirkungsvolle Strategie der AfD. Demokratisch Engagierte sollten dem nicht auf den Leim gehen, sondern besser die Perspektive drehen: Wenn klar ist, dass die AfD ohnehin empört und mit Vorwürfen reagieren wird – dann lohnt es sich, viel mehr auf die eigenen Argumente und Lösungsansätze zu schauen, statt in Erwartung einer Reaktion die „Schere im Kopf“ anzusetzen.

### **ERKLÄREN, WARUM DIE AfD SICH SELBST ISOLIERT**

Die Forderungen nach einem Ende der „Brandmauer“ gegen die AfD werden lauter – und damit die Frage, ob es nicht undemokratisch sei, die Partei auszugrenzen, indem z. B. keine Beschlüsse mit ihr gefasst werden. Die Partei isoliert sich aber selbst durch ihre menschenfeindlichen und antidemokratischen Positionen. Die AfD ist keine normale Partei, sondern eine Anti-System-Partei. Sie richtet sich gegen das Gesellschaftssystem der Demokratie, gegen Menschenrechte und Teilhabe.

### **RESIGNATION VORBEUGEN UND SELBST AKTIV WERDEN**

Die stetige Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Positionen ist ermüdend. Statt nur zu reagieren, können Engagierte herausstellen, wofür sie stehen und was die Gemeinschaft vor Ort ausmacht. Mit Kunstprojekten, Konzerten, Plakataktionen, Malwettbewerben usw. lassen sich breite Gesellschaftsschichten ansprechen und Menschen für gemeinsame humanistische Positionen mobilisieren. So können Räume und Vertrauen entstehen, um mittelfristig (wieder) konstruktiv über Probleme zu diskutieren.

### **SOLIDARITÄT ZEIGEN UND SICHERE RÄUME SCHAFFEN**

Es ist wichtiger denn je, sich aktiv für die Menschen einzusetzen, die von der AfD und ihrem Umfeld politisch und gesellschaftlich angegriffen werden – z. B. für Geflüchtete und andere Menschen mit internationaler Familiengeschichte, für Schwarze und People of Color, Jüdinnen und Juden, Frauen oder queere Menschen. In Veranstaltungen, Diskussionen und öffentlichen Räumen, die für alle zugänglich sind, gewinnen oft die Lauten und Aggressiven. Marginalisierte Gruppen brauchen daher klare Regeln gegen diskriminierende Äußerungen und für eine angstfreie Gesprächsatmosphäre. Diejenigen, die sich rassistisch oder extrem rechts äußern, sollten von Veranstaltungen ausgeschlossen werden. Sie sollten sich bestenfalls erst gar nicht eingeladen fühlen, damit Veranstaltungen störungsfrei und sicher ablaufen können, im gemeinsamen Verständnis uneingeschränkter Menschenrechte.

- ▶ Checkliste „Einwohnerversammlungen“ der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Mecklenburg-Vorpommern e. V. (2023): [https://www.beratungsnetzwerk-mv.de/fileadmin/user\\_upload/Dateien/Download/Materialien/RAA\\_Checkliste\\_Einwohnerversammlungen\\_2023.pdf](https://www.beratungsnetzwerk-mv.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Download/Materialien/RAA_Checkliste_Einwohnerversammlungen_2023.pdf)
- ▶ Handreichung „Wir lassen uns das Wort nicht nehmen!“ zum Umgang mit rechtsextremen Besucher\*innen bei Veranstaltungen (mit Beispielen für Ausschlussklausel) der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (2010) : [https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/03/2010\\_mbr\\_hr-wort\\_web.pdf](https://mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/03/2010_mbr_hr-wort_web.pdf)

### **REFLEKTIERT UND DIFFERENZIIERT ARGUMENTIEREN**

Die AfD ist nicht nur für ihre rassistischen und nationalistischen Positionen zu kritisieren. Auch ihre anti-sozialstaatlichen, anti-ökologischen und

gleichstellungsfeindlichen Einstellungen und deren negative Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft sollten thematisiert werden. Die eigenen politischen Ansichten kontinuierlich zu hinterfragen, hilft dabei, eine starke, menschenrechtsorientierte Haltung zu entwickeln, die sich von den Positionen der AfD klar abgrenzt. Um Frustration vorzubeugen, sollte man sich darüber im Klaren sein: Gute Argumente allein werden nicht reichen, um in der Diskussion mit einem extrem rechten Gegenüber die Oberhand zu behalten. Sie helfen aber bei einem sichereren Umgang.

### **NETZWERKE MIT BETROFFENEN GRUPPEN UND ORGANISATIONEN AUFBAUEN**

Austausch, Unterstützung und Solidarität machen die eigene Auseinandersetzung mit der AfD einfacher. Es lohnt sich, Netzwerke mit Menschen und Organisationen aufzubauen, die von der AfD politisch angegriffen werden, z. B. mit Migrant\*innenorganisationen, feministischen Gruppen oder Gewerkschaften. Gerade eine Vernetzung mit Personengruppen, die bereits aufgrund ihrer äußeren Erscheinung als Feindbild markiert werden, bedeutet wichtige Solidarität. Und gemeinsam kann die Bedrohung durch die extreme Rechte nachdrücklicher auf die politische Agenda gesetzt werden.

## Forderungen von Migrant\*innenorganisationen

Migrant\*innenorganisationen (MO) stehen besonders unter Druck. Sie sind aufgrund ihrer Arbeit den Kampagnen und Angriffen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen ausgesetzt, sind aber auch selbst – sowohl die Organisationen als auch die in ihnen tätigen Menschen – Betroffene der Ausgrenzung und des Rassismus der extremen Rechten. Beim Fachtag „Zivilgesellschaft in der Krise?“, den der Bundesverband Mobile Beratung e. V., die Bundeskonferenz der Migrant\*innenorganisationen (BKMO) und der Dachverband der Migrantenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst) 2022 gemeinsam veranstalteten, entstand folgender Forderungskatalog:

**Mehr Partizipation in Bund und Land:** MO sind Teil der Zivilgesellschaft und gestalten diese aktiv mit. Sie sollten daher auch als Teil der (Zivil-)Gesellschaft politisch anerkannt und aktiv in Entscheidungsfindungsprozesse, z. B. bei der Gesetzgebung, eingebunden werden.

**Zusammenarbeit mit Kommunen verbessern:** Nicht alle MO bewerten die Zusammenarbeit mit Kommunen positiv. Daher sollten Maßnahmen zur interkulturellen Sensibilisierung im Alltagsgeschäft kommunaler Behörden verankert und praktisch umgesetzt werden. Sie sind grundlegend für Kooperationen mit MO auf Augenhöhe.

**Selbstverständnis als Innovationspotenzial begreifen:** MO sind vielfältig. Diese Vielfalt gilt es anzuerkennen und wertzuschätzen. Dazu gehört auch, ihr Selbstverständnis zu berücksichtigen und ihr Engagement gezielt zu fördern. Überhöhte Ansprüche an MO können so vermieden und tatsächliches Innovationspotenzial gefördert werden.

**Mehr Ressourcen:** MO brauchen gleichwertigen Zugang zu finanziellen und immateriellen Ressourcen – wie auch andere Organisationen der Zivilgesellschaft. Konkret gilt es, Infrastrukturen wie Räumlichkeiten bereitzustellen und niedrighschwellige Zugänge zu staatlicher Förderung zu schaffen, um dem Konkurrenzdruck um Fördermittel zwischen MO und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen vorzubeugen.



*Wer ist die Zivilgesellschaft? – Migrant\*innenorganisationen und Mobile Beratung im Dialog*, S. 25, <https://bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2023/03/2023-BMB-Tagungsband-Wer-ist-die-Zivilgesellschaft-Migrantinnenorganisationen-und-Mobile-Beratung-im-Dialog.pdf>



### **WIR MÜSSEN MIT DER AfD REDEN! MIT DER AfD?**

In der öffentlichen Debatte, aber auch in Gesprächen am Küchentisch ist immer öfter zu hören: Die AfD auszugrenzen sei undemokratisch, eine demokratisch gewählte Partei dürfe nicht von den anderen Parteien ignoriert werden. Denn letztendlich würden so auch deren Wähler\*innen ignoriert – dabei müssten gerade ihnen Angebote gemacht werden. Aus Beratungsperspektive ist es wichtig, hier zu differenzieren. So muss zwischen extrem rechten Ideologieproduzent\*innen einerseits und ihren Anhänger\*innen andererseits unterschieden werden. Es ist etwas anderes, extrem rechten Vordenker\*innen oder Funktionär\*innen der AfD und ihres Umfelds eine Bühne zu bieten und öffentlich mit ihnen zu debattieren – oder mit Menschen zu diskutieren, die sich von den Positionen und Versprechungen der Partei angesprochen fühlen.

Natürlich muss es auch und vor allem in der Bildungs- und Beratungsarbeit im Bereich Rechtsextremismus darum gehen, im Sinne einer demokratischen Streitkultur Debatten zu führen und mit Menschen zu diskutieren, die ansprechbar sind für die einfachen Lösungen, die die extreme Rechte anbietet. Gerade hier liegt eine gesellschaftliche Aufgabe der nächsten Jahre: im direkten Gespräch.

### **WENN DAS DIREKTE GESPRÄCH WICHTIG IST**

Die Rechtsdrift in vielen Regionen Deutschlands betrifft nicht nur die Politik auf der „großen Bühne“. Vielmehr beginnt die Erosion der Demokratie im Kleinen – in Gesprächen unter Kolleg\*innen, im Verwandtenkreis, im Stadtrat oder in der WhatsApp-Gruppe. Es gibt also auch Situationen, die das direkte Gespräch erfordern, sei es in der Kneipe oder auf der Familienfeier. Es gilt, gegenzuhalten und andere Positionen in den Raum zu stellen. Hier sind dafür einige erprobte Strategien und Tipps.

### **WARUM WIDERSPRECHEN?**

Es ist nicht immer leicht, jemandem mit fest verankertem rechtem Weltbild zu widersprechen, aber es ist wichtig. Es zeigt auch anderen Zuhörenden, wo Grenzen überschritten werden und dass das Aufzeigen von Gegenpositionen Wirkung entfalten kann.

### **BETROFFENE UNTERSTÜTZEN**

Bei rassistischen und anderen diskriminierenden Aussagen ist es entscheidend, unterstützend einzugreifen. Es entlastet die betroffene Person, wenn sie merkt, mit der Situation nicht allein zu sein.

### **SITUATION EINORDNEN**

Es hilft, sich kurz zu sammeln und sich bewusst zu machen, dass eine Provokation möglicherweise beabsichtigt ist. Es ist auch okay, Wut oder Empörung zu zeigen – selbst wenn der Konflikt bleibt, wirken die Gegenposition und die Äußerung, was die Provokationen auslösen. Das kann sich auch motivierend auf Umstehende auswirken.

### **NACHFRAGEN**

Mit Fragen wie „Woher weißt du das?“ kann die Glaubhaftigkeit von Behauptungen erschüttert werden. Außerdem bekommt man selbst Zeit zum Nachdenken. Auch Fragen, was bestimmte Begriffe (z. B. Remigration) für das Gegenüber bedeuten, können dabei helfen, Verallgemeinerungen zu entkräften. „Die Schwägerin von einem Freund“ ist übrigens keine glaubwürdige Quelle. Auch extrem rechte Medien können als unseriöse Quellen kritisiert werden.

## REGELN UND GRUNDSÄTZE VEREINBAREN

Eine Vereinbarung, sich nicht zu unterbrechen oder bei einem Thema zu bleiben, kann helfen, dass die Diskussion fokussiert bleibt. Eine gemeinsame Grundlage wie die Anerkennung der Menschenrechte bietet Orientierung.

## EMPATHIE ZEIGEN

Es ist wichtig, Verständnis für die Erfahrungen des Gegenübers zu zeigen, aber gleichzeitig klarzumachen, dass es nicht akzeptabel ist, einer bestimmten Gruppe die Schuld zu geben. Solidarische Perspektiven können eine Alternative aufzeigen.

## AUF GEGENBEISPIELE UND KONSEQUENZEN VERWEISEN

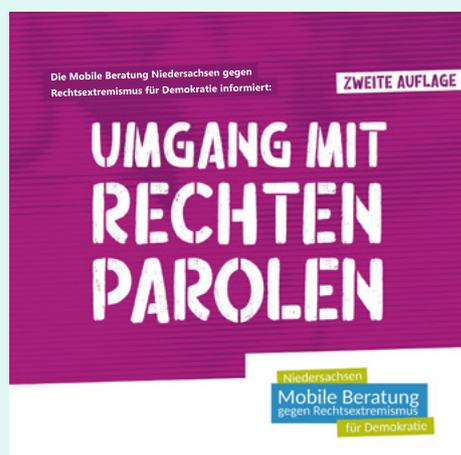
Gegen negative Erfahrungen mit bestimmten Gruppen können positive Beispiele gesetzt werden. Es kann auch hilfreich sein, darauf aufmerksam zu machen, dass menschenfeindliche Äußerungen in der Konsequenz Leid und Gewalt legitimieren.

## GESPRÄCH ABBRECHEN

Manchmal hilft keine Strategie, und Frustration entsteht. In solchen Fällen ist es vollkommen in Ordnung, das Gespräch abubrechen, gerade dann, wenn es dem Gegenüber um Provokation statt um konstruktiven Austausch geht.

## DIE EIGENEN BEDÜRFNISSE IM BLICK BEHALTEN

Es ist wichtig, die eigenen Grenzen zu kennen und herauszufinden, welche Reaktionen sich in der jeweiligen Situation richtig anfühlen. Die vorstehenden Tipps sollen dabei unterstützen.



## „UMGANG MIT RECHTEN PAROLEN“, MOBILE BERATUNG NIEDERSACHSEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS FÜR DEMOKRATIE

[mbt-niedersachsen.de/wp-content/uploads/2025/02/mbt\\_folder\\_mai2020\\_210x210mm\\_rechteparolen\\_auf12\\_v4a\\_ansicht.pdf](http://mbt-niedersachsen.de/wp-content/uploads/2025/02/mbt_folder_mai2020_210x210mm_rechteparolen_auf12_v4a_ansicht.pdf)



## ► Position beziehen – mit Sicherheit!

**Drohungen und Angriffe gegen demokratisch Engagierte nehmen immer mehr zu, online wie offline. Aber man kann sich dagegen wappnen.**

**Spätestens wenn sich ein Sportverein, ein Jugendverband oder ein Unternehmen wegen seiner klaren Haltung gegen rechts mit Anfeindungen konfrontiert sieht, steht die Frage der Sicherheit im Raum – für Mitarbeitende ebenso wie für Mitglieder oder Klient\*innen. Es ist aber auch grundsätzlich ratsam, sich mit Sicherheitsaspekten auseinanderzusetzen. Nicht nur um möglichen Angriffen vorzubeugen, sondern auch um zu wissen, was im Fall der Fälle zu tun ist.**

Zunächst gilt: Es ist gut, vorsichtig zu sein – aber Panik ist keine gute Ratgeberin. Entsprechend empfiehlt es sich, mit der Unterstützung lokaler Partner\*innen und regionaler Beratungsstrukturen wie der Betroffenenberatung oder der Mobilien Beratung, ggf. auch in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden, zu einer realistischen Einschätzung möglicher Gefährdungen zu kommen. Dazu gehört auch, sich klarzumachen, dass Drohungen, Sachbeschädigungen oder im schlimmsten Fall körperliche Angriffe zwar gegen einzelne Engagierte gerichtet sein mögen. Sie betreffen aber immer auch das direkte private, berufliche oder ehrenamtliche Umfeld.

Die folgenden Hinweise sollen ein erster Einstieg in das Thema „Sicherheit“ sein. Sie sind weder vollständig, noch können sie im Rahmen dieser Handreichung in die Tiefe gehen. Weitergehende Informationen bieten die folgenden Broschüren:

- Bedroht zu werden, gehört nicht zum Mandat. Ein Ratgeber zum Umgang mit rechten Bedrohungen und Angriffen für Kommunalpolitiker\*innen und Kommunalverwaltung (2021): <https://bundesverband-mobile-beratung.de/publikationen/bedroht-zu-werden-gehört-nicht-zum-mandat-zum-umgang-mit-rechten-bedrohungen-in-der-kommunalpolitik/>
- Wachsam sein! Zum Umgang mit rechten und rechtsextremen Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen (2017): <https://www.mbr-berlin.de/en/publikationen/wachsam-sein-zum-umgang-mit-rechten-und-rechtsextremen-einschuechteungsversuchen-und-bedrohungen-2017/>
- Rechte Angriffe im Netz. Auswirkungen und Handlungsempfehlungen (2021): [https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2021/06/WEB\\_Rechte\\_Angriffe\\_im\\_Netz\\_170x240.pdf](https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2021/06/WEB_Rechte_Angriffe_im_Netz_170x240.pdf)

### **AM BESTEN: VERHINDERN, DASS ETWAS PASSIERT**

Wenn Menschen sich persönlich oder als Gesicht einer Organisation oder Kampagne öffentlich äußern, ist es ratsam, gemeinsam mit anderen Beteiligten (Vorgesetzte, Team, Initiative, ggf. auch privates Umfeld) über mögliche Bedrohungsszenarien und vorbeugende Maßnahmen zu beraten. Die Prävention beginnt bei der Sicherung der eigenen Privatsphäre und kann bis zum baulichen Schutz von Büros oder anderen öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten reichen. Je nach Bedrohungslage kommt in Betracht:

- ▶ Schutz der persönlichen Daten (z. B. datensparende Onlineauftritte und Social-Media-Accounts, Eintrag einer Auskunftssperre im Melderegister nach § 51 Bundesmeldegesetz),
- ▶ gute inhaltliche Vorbereitung von öffentlichen Auftritten und Äußerungen (z. B. Satzbausteine entwickeln, Fragen antizipieren, Moderation klären),
- ▶ Sicherheitsabsprachen für öffentliche Auftritte (z. B. Klärung von Zuständigkeiten und Notfallkontakten, An- und Abreise sicher planen, Begleitung sicherstellen),
- ▶ niedrigschwellige Maßnahmen zur Absicherung von privaten und öffentlichen Räumen (z. B. Türspion, Freihalten von Fluchtwegen, Einschließen von Dokumenten),
- ▶ kostspieligere Maßnahmen zum Schutz von Räumen (z. B. Einbau von Sicherheitsglas und Fensterriegeln oder Überwachungskameras),
- ▶ Räume für die Bearbeitung von Unsicherheiten, Ängsten und Frustration schaffen (z. B. Ansprechstellen in Unternehmen und größeren Organisationen, Supervision, Fehlerfreundlichkeit).

Bei allen Maßnahmen und vor allem bei der Einschätzung der möglichen Gefährdung helfen die Mobilen Beratungsteams.

### **WAS TUN, WENN ES TROTZDEM PASSIERT**

Kommt es tatsächlich zu Übergriffen in Form von Beleidigungen, tätlichen Angriffen oder Sachbeschädigungen, ist es wesentlich, das Erlebte zu verarbeiten und zu reflektieren. Bestenfalls stehen die Betroffenen nicht allein da, sondern können aufgrund der guten Vorbereitung auf Unterstützer\*innen und Verantwortliche zählen. Unabhängig davon sind je nach konkreter Situation verschiedene weitere Schritte möglich:

- ▶ Sofern nötig, sollte Verletzten schnellstmöglich geholfen werden und eine Dokumentation der Verletzungen durch medizinisches Personal erfolgen. Die Dokumentation kann später als Beweis in eventuellen Strafverfahren vorgelegt werden. Helfende sollten sich aber nicht selbst in Gefahr bringen. Betroffene benötigen zudem ggf. auch psychische Hilfe und juristische Begleitung. Hier können die unabhängigen Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützen.
- ▶ Idealerweise wurde bereits im Vorhinein festgelegt, wer nach einem Vorfall informiert werden soll. Die Information aller relevanten Personen ist wichtig, damit Betroffene schnelle Rückendeckung und Unterstützung bekommen, auch und vor allem in den eigenen Strukturen.
- ▶ Wird das Geschehen gemeinsam als strafrechtlich relevant eingeschätzt, sollte möglichst schnell die Polizei hinzugezogen und ggf. Anzeige erstattet werden. Dokumentationen, Gedächtnisprotokolle oder Zeug\*innenaussagen helfen, den Vorfall auch später gut beschreiben und einschätzen zu können.

- ▶ Die Entscheidung, ob Anzeige erstattet werden soll, ist oft nicht einfach. Insbesondere bei Sachschäden ist dies aber notwendig, damit Versicherungen zahlen. Um auch hier die eigenen Daten abzusichern und nicht mutmaßlichen Täter\*innen über die Akten zugänglich zu machen, empfiehlt sich die Angabe einer ladungsfähigen Adresse, die nicht der privaten Wohnanschrift entspricht. Hilfreich kann zudem sein, die Mobile Beratung oder die Betroffenenberatung nach Erfahrungen mit der zuständigen Polizeidienststelle zu fragen.
- ▶ Es gibt gute Gründe dafür, mit Vorfällen nicht an die Öffentlichkeit zu gehen – etwa zum Schutz betroffener Personen oder um sich nicht noch mehr Anfeindungen auszusetzen. Möglicherweise kommt aber auch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit in Betracht.
- ▶ Die Nachsorge in der Organisation und natürlich insbesondere mit den Betroffenen ist immens wichtig. Niemand sollte mit dem Erlebten allein gelassen werden, pragmatische und schnelle Unterstützung ist gefragt. Auf der Ebene der Organisation sollte ein Vorfall Anlass für Reflexion und Nachbesserung sein: Was können wir tun, um in Zukunft besser vorbereitet zu sein? Sind unsere Sicherheitsmaßnahmen ausreichend?

### **DIGITALE KOMMUNIKATION ERFORDERT BESONDEREN SCHUTZ**

Bedrohungen und Anfeindungen durch extrem rechte Akteur\*innen im digitalen Raum sind inzwischen für viele Engagierte, (Kommunal-)Politiker\*innen oder Journalist\*innen Normalität. Dazu zählen Drohmails, Hasskommentare oder die Publikation von Feindeslisten. Feindeslisten werden in der Regel von extrem rechten Gruppen erstellt und umfassen persönliche Informationen, z. B. Adressen von Arbeitsplatz oder Wohnort sowie Fotos der aufgeführten Menschen oder ihrer Fahrzeuge. Die Gefährdung, die von der Veröffentlichung dieser

persönlichen Daten ausgeht, reicht von Sachbeschädigung an Bürogebäuden oder zerstochenen Autoreifen bis hin zur Morddrohung oder tatsächlichen Körperverletzung.

Wenn Unternehmen, Vereine oder Ämter Social-Media-Kanäle einrichten, sollte im Vorfeld geklärt werden, was der Kanal leisten soll und wie er moderiert werden soll. Es braucht Absprachen, um im Notfall handlungsfähig zu bleiben. Dazu gehören eine gute Moderation, festgelegte und transparente Regeln (Netiquette) sowie ein Plan und Zuständigkeiten für herausfordernde Situationen.

Was oben bereits zum Schutz persönlicher Daten gesagt wurde, gilt hier erst recht. In Teams sollte geklärt werden, wer in welcher Form nach außen sicht- und ansprechbar ist. Dringend zu empfehlen ist die Trennung von privaten und dienstlichen Accounts. Die Privatadresse und andere sensible Daten sollten nicht genutzt werden, um Webseiten oder Accounts anzulegen.

### **UMGANG MIT ONLINE-ATTACKEN**

Um Betroffene zu unterstützen, sollten Drohmails oder Bedrohungen auf Social-Media-Plattformen (genauso wie Drohanrufe oder Drohbriefe) immer von verantwortlichen Personen in der Organisation dokumentiert werden. Wenn gewünscht und sinnvoll, können zudem rechtliche Schritte eingeleitet werden. Es empfiehlt sich, Betroffene wenn möglich aus dem Fokus zu nehmen. Mailadressen können umgeleitet oder von anderen Personen gelesen werden, Telefonnummern und Social-Media-Accounts zeitweise gesperrt oder eingeschränkt werden. Klare Statements und ein transparenter Umgang mit Anfeindungen machen gegenüber Öffentlichkeit und eigener Community deutlich, dass einer proklamierten Haltung auch Handlungen folgen.

Betroffene sollten in jedem Fall rechtzeitig Unterstützung suchen und sich rechtlich beraten lassen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.

- ▶ Handlungssicher im digitalen Raum (2021): [https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/201109\\_MBR\\_Broschuere\\_SocialMedia\\_v2-2.pdf](https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2021/02/201109_MBR_Broschuere_SocialMedia_v2-2.pdf)
- ▶ Hass, Gewalt & Lügen im Netz sind nicht Teil des Jobs. Ein Leitfaden zum Umgang mit digitaler Gewalt von HateAid (2025): <https://hateaid.org/wp-content/uploads/2025/02/hateaid-leitfaden-umgang-mit-digitaler-gewalt-2025.pdf>

## VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG VON VERANSTALTUNGEN

Durch das Erstarken der AfD und ihres extrem rechten Umfelds ist auch bei Veranstaltungen mit mehr Gegenwind und Störungen zu rechnen – sowohl im Vorfeld als auch während der Veranstaltung. Entsprechend wichtig ist eine gute Vorbereitung, bei der u. a. die folgenden Fragen beantwortet werden sollten:

- ▶ Vorbereitende Einschätzung: Ist die Veranstaltung öffentlich? Sind Störungen zu erwarten? Welche Zielgruppe sprechen wir an?
- ▶ Verantwortlichkeiten klären: Wer hat das Hausrecht? Wer leitet die Versammlung? Wer ist für die Sicherheit zuständig?
- ▶ Verständigung über Grenzen: Ab wann sprechen wir von einer Störung und wie gehen wir damit um? Welche Konsequenzen ziehen wir daraus? Gibt es Vorabsprachen mit den Verantwortlichen des Veranstaltungsorts und der Polizei?
- ▶ Inhaltlich-strukturelle Vorbereitung: Wie gehen wir inhaltlich mit Störungen und Provokationen um? Wie kann sich die Moderation vorbereiten? Welche Möglichkeiten bietet der Veranstaltungsort (Mikrofone, Bühne, ...)? Welches Ziel hat die Veranstaltung? Wer soll sprechen und wessen Perspektiven sollen gehört werden? Wie kann sichergestellt werden, dass die Moderation die

Kontrolle über Redeanteile behält (z. B. Mikrofon nicht aus der Hand geben)?

- ▶ Sicherheitsaspekte: Wie organisieren wir die An- und Abreise der Teilnehmenden, von Podiumsgästen oder Redner\*innen? Welche Gesprächsregeln können wir umsetzen? Wollen wir eine Ausschlussklausel nutzen, mit der Menschen, die als extrem rechts bekannt sind oder sich entsprechend äußern, der Zutritt verweigert werden kann? Falls eine Ausschlussklausel verwendet wird, empfiehlt es sich, diese direkt mit der Veranstaltungseinladung zu versenden und zu veröffentlichen.
- ▶ Öffentlichkeitsarbeit: Wie kommunizieren wir die Veranstaltung? Können wir uns auf eine Kommunikation im Krisenfall vorbereiten?

Weitergehende Hinweise und eine tiefere Beschäftigung mit der Sicherheit von Veranstaltungen und Versammlungen bieten diese Handreichungen:

- ▶ Umgang mit Störungen an Info-/Wahlkampfständen (2024): [https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2024/05/210721\\_MBR\\_Handout\\_Stoerungen\\_Online.pdf](https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2024/05/210721_MBR_Handout_Stoerungen_Online.pdf)
- ▶ Auf die Straße, fertig los. Handlungsempfehlungen für Versammlungen (2024): <https://www.mbr-berlin.de/publikationen/auf-die-strasse-fertig-los-handlungsempfehlungen-fuer-versammlungen-2024/>
- ▶ Checkliste Einwohner\*innenversammlungen zur Aufnahme von Geflüchteten (2023): [https://beratungsnetzwerk-mv.de/fileadmin/user\\_upload/Dateien/Download/Materialien/RAA\\_Checkliste\\_Einwohnerversammlungen\\_2023.pdf](https://beratungsnetzwerk-mv.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Download/Materialien/RAA_Checkliste_Einwohnerversammlungen_2023.pdf)



### **ENGAGIER DICH! TIPPS UND EMPFEHLUNGEN ZUM UMGANG MIT DER EXTREM RECHTEN AfD**



[bundesverband-mobile-beratung.de/  
publikationen/engagier-dich-tipps-  
zum-umgang-mit-der-extrem-rechten-  
afd/](https://bundesverband-mobile-beratung.de/publikationen/engagier-dich-tipps-zum-umgang-mit-der-extrem-rechten-afd/)

Spätestens seit der Correctiv-Recherche zum extrem rechten Strategietreffen von Potsdam fragen sich viele Menschen, was sie gegen die AfD und für die Demokratie tun können. Das Infoheft formuliert konkrete Handlungsempfehlungen und gibt Antworten auf Fragen, die viele umtreiben: Ich möchte mich engagieren, aber wo soll ich anfangen? Wie kann ich mich mit anderen vernetzen? Was tun, wenn die AfD eine Veranstaltung in meiner Nachbarschaft plant? Wie kann ich Haltung zeigen, ohne mich in Gefahr zu bringen?

Zudem zeigt das Heft am Beispiel der Sozial-, Familien- und Migrationspolitik, welche Folgen es hätte, wenn die AfD an die Macht käme. Am Ende sind Beratungsangebote und weiterführende Materialien aufgelistet. Alle Inhalte gehen auf die Expertise der rund 50 Mobilen Beratungsteams zurück, die bundesweit zum Umgang mit Rechtsextremismus beraten.

## „Man muss sein Handwerkszeug kennen“

### **EIN ERFAHRENER KOMMUNALPOLITIKER AUS SACHSEN-ANHALT ERKLÄRT, WIE SICH DER AfD IN STADT- ODER GEMEINDERAT ENTGEGENTRETEN LÄSST**

Sie engagieren sich seit vielen Jahren in der Kommunalpolitik einer Gemeinde in Sachsen-Anhalt, für eine demokratische Partei. Genauer soll das hier nicht genannt werden. Welche Erfahrungen machen Sie mit der AfD in Ihrem Ort?

Fangen wir mal mit der Ebene der Stadtgesellschaft an. Da war die AfD sehr aktiv beim Protest gegen die Corona-Maßnahmen – und das ohne Abgrenzung zum neonazistischen Spektrum. Leute von der NPD, wie „Die Heimat“ damals noch hieß, waren da mit dabei. Das war relativ erfolgreich, mit mehreren hundert Menschen, die zu diesen Montagsdemonstrationen gekommen sind. In der kommunalen Vertretung hat die AfD-Fraktion in den vergangenen Jahren einige wenige Anträge gestellt, mit dem Fokus auf Asyl und Rundfunkbeiträgen. Stärker nutzt sie das Instrument der Anfragen, Anregungen und Hinweise. Da spricht sie dann lokale Themen an. Dass Schlaglöcher repariert werden sollen oder die öffentliche Toilette beschädigt ist. Und in der Einwohnerfragestunde lässt die AfD vorbereitete Sympathisant\*innen auftreten, die dann auch schon mal über Themen wie Krieg und Frieden sprechen wollen. Dahinter steckt ein strategischer Ansatz. Zum einen versucht die AfD, sich als Kümmerer zu präsentieren, indem sie Alltagsprobleme in der Stadt aufgreift. Zum anderen will sie ihre großen Themen auch in der Kommune platzieren, inner- und außerhalb des Rats.

Auf Wunsch wurde das folgende Interview anonymisiert – ein Anliegen, für das wir Verständnis haben und das wir kurz einordnen möchten.

Seit Jahren sind kommunale Mandatsträger\*innen, die sich kritisch mit der AfD auseinandersetzen und für Demokratie eintreten, Angriffen, Beleidigungen und Bedrohungen ausgesetzt. Viele wägen daher genau ab, ob und wie sie sich öffentlich äußern – oft zum Schutz ihrer selbst und ihrer Familien anonym.

Uns ist die Diskrepanz zwischen unseren Empfehlungen nach öffentlichem Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten und den Sicherheitsanliegen der Interviewten bewusst. Dennoch hat der Schutz der Betroffenen Vorrang, weshalb wir das Interview anonymisiert veröffentlichen. Für Kommunalpolitiker\*innen in weniger betroffenen Regionen ist dies ein wichtiger Hinweis, sich frühzeitig mit möglichen Bedrohungslagen auseinanderzusetzen.

### **Wie gut gelingt ihr das?**

Bei der AfD-Fraktion im Rat ist ein gewisser Professionalisierungsschub zu erkennen – obwohl ich „professionell“ immer noch in sehr dicke Anführungsstriche setzen würde. Sagen wir mal so: Sie trauen sich ans Mikrofon, und sie bringen Anträge ein, die eine gewisse formale Qualität haben. Höchstwahrscheinlich, weil sie in anderen Kommunen genauso auch schon gestellt wurden. Inhaltlich sind sie mit ihren Anträgen bislang aber nicht weit gekommen. Beim Thema Asyl bezog sich das auf die Unterbringung von Geflüchteten, wofür aber nicht die Kommune, sondern der Landkreis zuständig ist. Und bei den Rundfunkbeiträgen ging es darum, dass die Stadt aufgefordert werden sollte, die ausstehenden Beiträge nicht einzutreiben. Was eindeutig rechtswidrig wäre.

**Wie muss man sich das Auftreten der AfD im Rat vorstellen?**

Sie versuchen, sich an die Regeln zu halten, und sind auch nicht ruppig oder aggressiv. Verbale Angriffe sparen sie sich. Wenn ich mir Videos von Kreistagssitzungen anschau: Da ist das schon eine ganz andere Qualität. Da geht es viel härter zu. Und wie aggressiv die AfD-Abgeordneten dann noch eine Ebene höher im Landtag von Sachsen-Anhalt auftreten, ist bekannt.

**Trotz des vergleichsweise gesitteten Auftretens der AfD im Lokalen wollen Sie bei diesem Interview lieber anonym bleiben. Warum?**

Das hat mit meinen persönlichen Sicherheitsbedürfnissen zu tun. Auch die AfD bei mir im Ort ist gut vernetzt, ich habe die Kontakte zu organisierten Neonazis erwähnt. Noch habe ich Bedrohung und Einschüchterung zwar nicht erleben müssen. Aber ich kann nicht ausschließen, dass es irgendwann doch dazu kommt.

**In Kommunalwahlkämpfen setzt die AfD fast nur auf ihre Lieblingsthemen, obwohl die sich kommunal gar nicht beeinflussen lassen – wie die Migration oder den Ukraine-Krieg. Wie können demokratische Kommunalpolitiker\*innen verhindern, dass die AfD den Stadt- oder Gemeinderat als Bühne für diese Themen missbraucht?**

Man muss sauber arbeiten und man muss sein Handwerkszeug kennen. In Sachsen-Anhalt sind das das Kommunalverfassungsgesetz und die jeweiligen Geschäftsordnungen. Hier ist klar geregelt, dass sich eine Kommune nur mit Angelegenheiten in ihrem Zuständigkeitsbereich beschäftigen darf. Beim sogenannten eigenen Wirkungskreis – das sind die freiwilligen Aufgaben wie Spielplätze, Parkbänke, Kommunalstraßen oder Freibad – kann eine Kommune relativ frei agieren. Aber schon beim übertragenen Wirkungskreis, also wo die Kommune ausführendes Organ ist und die Entscheidungen auf einer anderen politischen Ebene getroffen werden,

hat sie kein Ermessen mehr. Also zum Beispiel bei der Unterbringung von Geflüchteten. Und über Asylgesetze oder über Krieg und Frieden brauchen wir im Rat sowieso nicht zu diskutieren. Rechtlich dürfen wir das sogar eigentlich gar nicht.

**Funktioniert das? Lässt sich die AfD auf diese Weise tatsächlich einbremsen?**

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass man das gegenwärtig so noch schaffen kann. Aber einfach ist das nicht. Man muss das Recht nicht nur kennen, sondern auch durchsetzen. Das fängt ja schon dabei an, ob ein Thema überhaupt auf die Tagesordnung kommt oder nicht. Eindeutig Rechtswidriges wie ein Antrag, die Rundfunkgebühren nicht einzutreiben oder die Corona-Maßnahmen nicht umzusetzen, darf eigentlich nicht auf die Tagesordnung kommen. Das muss man immer wieder darstellen und herausarbeiten. Andersherum ist es aber auch wichtig, selbst Themen zu setzen und selbst Kümmerer zu sein. Man hat sicher nicht immer eine Lösung, aber es wird wahrgenommen, wenn man sich darum bemüht. Wir dürfen der AfD dieses Feld nicht überlassen.

**Inwieweit kann eine Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und Organisationen dabei helfen?**

Was man Zivilgesellschaft nennt, ist im Osten relativ wenig bis gar nicht ausgeprägt. Es mag vielleicht in den Oberzentren noch ein bisschen mehr geben, aber je mehr man in die Peripherie kommt, desto weniger wird es. Also geht es eher darum, zivilgesellschaftliche Strukturen aufzubauen und da, wo es sie gibt, die kleinen Pflänzchen zu pflegen und zu stärken. Man kann versuchen, sich Bündnispartner\*innen in der Vereinslandschaft zu suchen, bei Kleinkunstvereinen oder bei Sportvereinen. Auch Religionsgemeinschaften können Sie ansprechen. Das Problem für die Auseinandersetzung mit der AfD beginnt aber schon auf der Seite der Kommunalpolitik. Das läuft ja alles auf einer sehr kleinen Flamme. Es sind ganz, ganz wenige Leute,

die das ehrenamtlich machen, nach der Arbeit. Die Unterlagen liest man dann nachts oder am Wochenende. Hauptamtliches Personal in den Fraktionsgeschäftsstellen gibt es in Sachsen-Anhalt außer in den Oberzentren nicht. Hier ist man schon froh, wenn bei Wahlen genügend Kandidat\*innen zusammenkommen.

**Was bräuchte es denn, um wieder mehr Menschen zu kommunalpolitischem Engagement zu bewegen?**

Es müsste erst einmal wieder die Möglichkeit geschaffen werden, überhaupt etwas zu gestalten. Im Moment bedeutet Kommunalpolitik ja vor allem Mangelverwaltung, Sparen, Haushaltskonsolidierung. Das macht es nicht gerade attraktiv, sich politisch einzubringen. Das heißt: Auch Kommunen mit einer schwachen Wirtschaftsstruktur müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie wieder einen Handlungsspielraum bekommen. Der vorhin angesprochene eigene Wirkungskreis betrifft ja das, was das Leben in einer Kommune lebenswert macht. Dazu gehört im Übrigen auch, Vereine unterstützen zu können – statt wie heute umgekehrt von ihnen verlangen zu müssen, dass sie immer mehr selbst stemmen müssen. Eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen könnte also auch die Zivilgesellschaft stärken.

**Und es könnte der AfD und ihrer ständigen Erzählung vom Niedergang den Wind aus den Segeln nehmen.**

Genau. Die derzeitige Mangelverwaltung in den Kommunen spielt der AfD in die Karten. Wobei man auch sagen muss: Wenn die AfD dann irgendwo selbst den Bürgermeister oder den Landrat stellt, dann machen auch sie wegen des Sparzwangs genau das, was sie vorher nicht machen wollten.

**Vielen Dank für das Gespräch!**

## ► Demokratie verteidigen – in der Kommune!

**In der Lokalpolitik ist es vielerorts besonders schwierig, der AfD die Stirn zu bieten. Was wichtig ist, damit es trotzdem funktioniert.**

**Gegenwärtig wird mitunter der Eindruck erweckt, ohne Zustimmung oder Beteiligung der AfD sei die Kommunalpolitik in einigen Regionen nicht mehr handlungsfähig. Dies trifft nicht zu. Worauf es ankommt, ist ein durchdachter und politisch kluger Umgang mit der extrem rechten Partei.**

Auch wenn die AfD in vielen Kommunen vor allem in Ostdeutschland die stärkste Fraktion stellt, sind Mehrheiten gegen die Rechtsaußenpartei in den allermeisten Orten nach wie vor möglich – wenn sie gewollt sind. Andere Fraktionen oder Zählgemeinschaften<sup>33</sup> können Allianzen gegen die AfD bilden und beispielsweise gemeinsam Anträge einbringen. Das wird nicht immer einfach sein und gelegentlich auch politische Überwindung kosten. Aber um demokratisch handlungsfähig zu bleiben und die Demokratie auch in der Kommune zu verteidigen, ist es unabdingbar. Hier sind Tipps, die beim kommunalpolitischen Umgang mit der AfD helfen können.

### **STRATEGIEN ERKENNEN UND NICHT IN DIE FALLE TAPPEN**

Hinter der Kritik von AfD-Vertreter\*innen an der bundesdeutschen Demokratie steht oft der Wunsch

nach deren Einschränkung oder Delegitimierung. Sie wollen Parlamente gerade dort schwächen, wo demokratische Grundrechte von Minderheiten oder sozial Benachteiligten geschützt werden. Die Inszenierung als Opfer „linksgrüner“ oder „woker“ Ideologie sowie der Vorwurf an Kritiker\*innen, sie wollten die Meinungsfreiheit beschränken, gehören ebenso zum Repertoire der Partei wie der Versuch, sich im Lokalen als „Kümmerer“ zu inszenieren. Selten geht es dabei um Sachpolitik und tatsächliche Lösungen, sondern vielmehr um die Markierung von vorgeblich Schuldigen und die Durchsetzung der eigenen demokratiefeindlichen Politik. Diese Strategien und Inszenierungen sollten Ratsvertreter\*innen bei ihrer parlamentarischen Auseinandersetzung mit der AfD kennen.

### **DEN UMGANG MIT DER AFD ÜBERPARTEILICH ABSTIMMEN**

In vielen Teilen Deutschlands ist die AfD in den Kommunalparlamenten nicht in der Lage, Mehrheiten zu erzeugen. Damit demokratische Parteien und Wähler\*innengemeinschaften sowohl angemessen reagieren als auch ihre Kräfte gezielt einsetzen können, sollten sie sich über den Umgang mit der AfD verständigen. Um die eigenen Ressourcen effektiv einzusetzen, kann manche der gezielten Provokationen der AfD dabei auch einfach mal ignoriert werden. Rassistische und menschenverachtende Äußerungen sowie entsprechende parlamentarische Initiativen sollten jedoch stets klar zurückgewiesen werden. Inhaltlich bedarf es gemeinsamer Sprach- und Diskussionsregeln der Abgeordneten gegenüber der AfD: Wann sind Grenzen überschritten – und wie reagieren Demokrat\*innen darauf? Vorsitzende von Gremien können ihre Rolle dazu nutzen, Verwarnungen zu erteilen, wenn menschenfeindliche Aussagen fallen.

### **DER EINZELFALL UND DER KONTEXT ZÄHLEN**

In einigen Regionen insbesondere in Ostdeutschland ist die AfD in Kommunalparlamenten stark vertreten – oder stellt sogar die Mehrheit der Sitze. Hier verbietet es sich, pauschale Hinweise zu geben. Was zählt, ist vielmehr der Einzelfall und sein unmittelbarer Zusammenhang mit der Gestaltung des Gemeinwesens vor Ort. Das bedeutet, die Kunst der Unterscheidung zu üben, ob eine Entscheidung vor allem der AfD nützt oder ob ein übergeordnetes Interesse stärker zu Buche schlägt. Dabei sollte berücksichtigt werden, nichts zu tun, was die AfD und ihre politisch-ideologische Agenda stützt oder gar stärkt. Dies gilt sowohl auf der Ebene der Entscheidung als auch bei der lokalpolitischen Kommunikation gegenüber den Bürger\*innen.

### **SOZIALRÄUMLICHE NÄHE SCHAFFT LOYALITÄT**

Je kleiner der Sozialraum ist, in dem Kommunalpolitik handelt, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit persönlich-biografischer, beruflicher und sozialer Schnittmengen zwischen Mandatsträger\*innen der AfD und anderer Parteien. Sozialräumliche Nähe schafft Loyalitäten und Abhängigkeitsverhältnisse. Wer in einem Ortsbeirat sitzt, ist mit dessen Mitgliedern auch außerhalb soziokulturell verbunden. Umso wichtiger ist ein Rüstzeug, das Mandatsträger\*innen in die Lage versetzt, verantwortungsvolle demokratische Entscheidungen zu treffen, deren Erfolge sich nicht allein die AfD gutschreiben kann. Dabei können ein überregionaler kommunalpolitischer Austausch sowie die Hinzuziehung externer Expertise behilflich sein.

### **KONSTRUKTIVEN STREIT ÜBER UNTERSCHIEDE FÜHREN**

Die extrem rechte AfD bietet wenig konstruktive Sachpolitik und selten tragfähige Lösungen für gesellschaftliche Probleme an. Vielmehr profitiert sie von einer Verschärfung gesellschaftlicher Spannungen, schürt Angst, verstärkt Verunsicherung und Ausgrenzung. Sie ist auch im Lokalen gerade dann erfolgreich, wenn andere Parteien keine inhaltlichen Kontroversen führen und kein konstruktiver Streit um unterschiedliche Konzepte und Lösungsideen für tatsächlich vor Ort lösbare Probleme erkennbar ist. Vielen Bürger\*innen fällt es schwer, die programmatischen Unterschiede zwischen demokratischen Parteien zu erkennen und zu deuten. Die Attraktivität der vorgeblichen „Alternative“ für Deutschland steht und fällt mit der Attraktivität und Vitalität der demokratischen (Gegen-)Konzepte.



Gerade im kommunalen Nahraum ist es von Gewicht, der AfD nicht das Agenda-Setting zu überlassen, weder auf der politischen Bühne noch im sozialräumlichen Stadt- oder Ortsgespräch. Vielmehr gilt es, eigene Themen zu setzen, die den inhaltlichen Kontrast zur AfD deutlich zu Tage treten lassen.

### **EIGENE THEMEN SETZEN**

Der vermeintliche oder tatsächliche Erfolg der AfD beruht zu guten Teilen auf ihrer Fähigkeit, ihre Themen auf direktem Wege an die Wähler\*innen zu bringen, etwa über eine ausgefeilte und kontinuierlich betriebene Kommunikation in den sozialen Medien. Doch gerade im kommunalen Nahraum ist es von Gewicht, der AfD nicht das Agenda-Setting zu überlassen, weder auf der politischen Bühne noch im sozialräumlichen Stadt- oder Ortsgespräch. Vielmehr gilt es, eigene Themen zu setzen, die den inhaltlichen Kontrast zur AfD deutlich zu Tage treten lassen.

### **ENTSCHLOSSEN AUF BEDROHUNGEN REAGIEREN**

Kommunalpolitiker\*innen sehen sich ebenso wie Mitarbeitende der Verwaltung immer öfter Bedrohungen und Angriffen von Anhänger\*innen der AfD und anderen extrem Rechten ausgesetzt. Kommunale Verantwortungsträger\*innen in demokratischen Parteien und in der Verwaltung sollten proaktiv Verantwortung übernehmen für Prävention und Nachsorge von gefährdenden Vorfällen (siehe dazu auch das vorangehende Kapitel „Position beziehen – mit Sicherheit!“). Einschüchterungsversuche sollten nicht als private Probleme betrachtet werden, sondern erfordern eine politische, gemeinsame Reaktion. Eine solidarische und öffentliche Stellungnahme ist notwendig, um die Einschüchterungseffekte zu minimieren.

Kommunen, Landkreise und Parteien haben eine hohe Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitenden und kommunalpolitisch Engagierten. Um für größtmöglichen Schutz zu sorgen, braucht es:

- ▶ spezialisierte Ansprechpersonen, die bei Bedrohungslagen mit Erste-Hilfe-Maßnahmen unterstützen und den Kontakt zu Mobiler Beratung, Rechts- oder Betroffenenberatung vermitteln,
- ▶ eine interne Meldestelle für Hassmails,
- ▶ unbürokratische, auch finanzielle Unterstützung von Betroffenen, z. B. über die Schaffung eines Solidaritätsfonds,
- ▶ Möglichkeiten, Betroffene aus der „Schusslinie“ zu nehmen, in dem die Kommunikation über andere Kolleg\*innen läuft,
- ▶ Auskunftssperren beim Melderegister und ggf. Nutzung von Personalnummern anstatt Klarnamen,
- ▶ bauliche Sicherungsmaßnahmen in relevanten Arbeitsbereichen,
- ▶ regelmäßige Fortbildungen und Sicherheitstrainings,
- ▶ Vernetzung und Wissenstransfer.

Neben solchen organisatorischen Maßnahmen ist es entscheidend, klar Position gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit zu beziehen. Besonders Schlüsselpersonen in Kommunen sollten öffentlich klar machen, dass sich die Demokratie nicht einschüchtern lässt – und dass bedrohte und angegriffene Menschen nicht allein gelassen werden.

# BERATUNG UND UNTERSTÜTZUNG

# ► Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

**Mobile Beratungsteams unterstützen bundesweit Menschen, die sich vor Ort gegen Rechtsextremismus oder gegen Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit engagieren wollen.**

**Ziel der Mobilen Beratung ist die Stärkung einer demokratischen, an den Menschenrechten orientierten politischen Kultur. Mobile Beratung widmet sich darüber hinaus auch Fragestellungen, die sich aus neuen Entwicklungen in diesem Themenfeld ergeben. Dazu zählt unter anderem das Erstarben von extrem rechten Zusammenschlüssen und Parteien.**

Die Arbeit wird gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend sowie vielfach durch länderspezifische Projektförderung beziehungsweise im Rahmen der jeweiligen Landesprogramme.

Zu den Zielgruppen der Mobilen Beratungsteams zählen Einzelpersonen, Jugendeinrichtungen, Schulen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke, Politik und Verwaltung, Vereine, Gewerbetreibende und Verbände.

Unter Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Gegebenheiten und Ressourcen entwickeln die Mobilen Beratungsteams gemeinsam mit den Menschen vor Ort situationsbezogene Handlungsstrategien, bieten

Fortbildungen an und begleiten die Umsetzung von Aktionsplänen und Sozialraumanalysen.

Die Mobilen Beratungsteams unterstützen auch Menschen bei Unsicherheiten im Umgang mit extrem rechten Parteien und Positionen. Sie bieten thematische Workshops, Seminare und Fortbildungen an. Zudem können die Mobilen Beratungsteams gemeinsame Verständigungsprozesse moderieren und begleiten. Dabei entwickeln sie die Lösungen stets auf Augenhöhe mit den Menschen vor Ort und verstehen ihr Angebot als eine Hilfe zur Selbsthilfe.

Die im Bundesverband Mobile Beratung e. V. organisierten Mobilen Beratungsteams haben sich gemeinsamen Grundsätzen verpflichtet, die ausführlich im Papier „Mobile Beratung gegen

Rechtsextremismus. Inhaltliche und methodische Grundsätze“ beschrieben sind. Zentral sind für Mobile Beratung die Orientierung an den Menschenrechten sowie die Beachtung der Kontexte der Beratungsnehmer\*innen und ihrer Fragestellungen.



[bundesverband-mobile-beratung.de/  
mobile-beratung/](https://bundesverband-mobile-beratung.de/mobile-beratung/)

## Weitere Beratungsangebote

### BUNDESVERBAND MOBILE BERATUNG

Der Bundesverband Mobile Beratung e. V. (BMB) ist der Dachverband von rund 50 Mobilen Beratungsteams bundesweit, die zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen beraten. Er vernetzt die Teams, organisiert Fachtagungen und ist ansprechbar für Politik, Verwaltung und Medien.



[bundesverband-mobile-beratung.de](https://bundesverband-mobile-beratung.de)

### BETROFFENENBERATUNG

Vor allem in der Bearbeitung von Vorfällen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützen die Teams der Opfer-/Betroffenenberatung mit juristischer und psychosozialer Hilfe. Eine Übersicht bietet der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG).



[verband-brg.de/  
beratung/#beratungsstellen](https://verband-brg.de/beratung/#beratungsstellen)

### GEGENRECHTSSCHUTZ

Wer von rechts abgemahnt oder verklagt wird – sei es wegen eines Artikels, eines Social-Media-Posts oder eines Theaterstücks –, kann sich an den Gegenrechtsschutz wenden. Dort werden Betroffene schnell, unkompliziert und kostenlos beraten und für anwaltliche Hilfe und Gerichtsverfahren an Expert\*innen des Netzwerks verwiesen.



[fragdenstaat.de/aktionen/  
gegenrechtsschutz/](https://fragdenstaat.de/aktionen/gegenrechtsschutz/)

### HATEAID

HateAid ist eine gemeinnützige Organisation, die sich für Menschenrechte im digitalen Raum einsetzt und sich auf gesellschaftlicher wie politischer Ebene gegen digitale Gewalt und ihre Folgen engagiert. HateAid stärkt die Demokratie im digitalen Raum.



[hateaid.org](https://hateaid.org)

## Fußnoten

Alle in den Fußnoten genannten Links wurden zuletzt am 26.05.2025 abgerufen.

- 1 <https://www.lfv-bb.de/2024/09/18/afd-droht-bei-wahlsieg-mit-zerschlagung-des-landesjugendrings/>
- 2 <https://www.br.de/nachrichten/bayern/jugendarbeit-in-gefahr-landtags-afd-will-foerderprogramm-stoppen,Ud4jP0G>; <https://www.br.de/nachrichten/bayern/kritik-an-afd-antrag-gegen-die-interessen-der-jugend,U9eFUkk>
- 3 Z. B. in Friedrichshafen (<https://www.spd-friedrichshafen.de/meldungen/spd-und-gruene-die-afd-ist-eine-antidemokratische-partei/>), Bautzen (<https://www.alles-lausitz.de/bautzen-stadtrat-partnerschaft-fuer-demokratie.html>) oder Ebersberg (<https://www.sued-deutsche.de/muenchen/ebersberg/afd-partnerschaft-demokratie-ebersberg-li.3209862>)
- 4 <https://www.deutschlandfunk.de/afd-in-sachsen-anhalt-will-landeszentrale-fuer-politische-bildung-abschaffen-106.html>
- 5 Laudenbach, Peter (2023): Volkstheater. Der rechte Angriff auf die Kunstfreiheit. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.
- 6 <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/dresden-radebeul-untersuchungsausschuss-verdacht-korruption-sozialministerium-afd-100.html>; <https://kulturbuero-sachsen.de/pm-untersuchungsausschuss-im-mangelnder-datenschutz-gefaehrdet-tausende-personen/>
- 7 <https://taz.de/AfD-Hannover-setzt-Vereine-unter-Druck!/6013661/>
- 8 Kommunales Monitoring Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Auswertung der Frühjahrsbefragung 2024 ([https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/10/KoMo\\_zentrale-Befunde\\_FB24-.pdf](https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/10/KoMo_zentrale-Befunde_FB24-.pdf))
- 9 <https://kommunal.de/ruecktritt-neubrandenburg-oberbuergermeister-rechtsruck>
- 10 <https://www.fg-gender.de/angriffen-auf-die-freiheit-von-forschung-und-lehre-entschlossen-entgegnetreten/>
- 11 Schöll, Anja/Weiberg, Mirjam (2025): Schwindende Räume: Wenn demokratisches Engagement zur Zielscheibe wird. DeZIM Policy Briefs 3/2025 ([https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user\\_upload/Demo\\_FIS/publikation\\_pdf/FA-6264.pdf](https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-6264.pdf))
- 12 <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2025/05/pmk2024.html>
- 13 <https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2023-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen/>
- 14 Leber, Tina/Mertens, Fabian/Küpper, Beate (2024): Bedrohung der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit. Kurzbericht aus dem Projekt BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen, S. 6 ([https://wi-rex.de/wp-content/uploads/2024/09/BEWARE\\_Bedrohung\\_der\\_zivilgesellschaftlichen\\_Demokratiearbeit\\_Kurzbericht\\_20240903.pdf](https://wi-rex.de/wp-content/uploads/2024/09/BEWARE_Bedrohung_der_zivilgesellschaftlichen_Demokratiearbeit_Kurzbericht_20240903.pdf))
- 15 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/attacke-wahlkampf-helfer-cdu-gruene-berlin-koeln-hamburg-100.html>
- 16 Bundesverband Mobile Beratung e. V. (2019): „Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück“. Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen, S. 14 (<https://bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2022/11/2019-BMB-MBR-Berlin-Kulturbuero-Sachsen-e.V.-Handreichung-Wir-Holen-Uns-Unser-Land-Und-Unser-Volk-Zurueck.pdf>)
- 17 Cremer, Hendrik (2023): Warum die AfD verboten werden könnte. Empfehlungen an Staat und Politik. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte ([https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse\\_Studie/Analyse\\_Warum\\_die\\_AfD\\_verboten\\_werden\\_koennte.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Warum_die_AfD_verboten_werden_koennte.pdf)); von Arnauld, Andreas u. a. (2024): Rechtswissenschaftliche Stellungnahme zu einem Parteiverbotsverfahren gegen die Alternative für Deutschland (<https://verfassungsblog.de/stellungnahme-partieverbotsverfahren-afd/>); Verfassungsschutzbericht Bund 2023, S. 133ff. ([https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2024-06-18-verfassungsschutzbericht-2023-startseitenmodul.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=11](https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2024-06-18-verfassungsschutzbericht-2023-startseitenmodul.pdf?__blob=publicationFile&v=11))
- 18 Peters, Tim B. (2024): Zwischen Skandalen, Wahlerfolgen und Gerichtsurteilen. Die AfD im Jahr 2024. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 15 (<https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Die+AfD+im+Jahr+2024.pdf/99e07f31-4d69-089d-3dd1-1120a80c0e24?version=1.0&t=1734016721721>)
- 19 Quent, Matthias (2024): Rechtsextreme Akteure in Deutschland. Ein Überblick. Bundeszentrale für politische Bildung (<https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/544330/rechtsextreme-akteure-in-deutschland/>)
- 20 <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/rechtsextremismus/das-netzwerk-der-neuen-rechten.html>
- 21 Wodak, Ruth (2023): Rechtspopulistische Diskursverschiebungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 43–45/2023, S. 31–35 (<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/diskurskultur-2023/541849/rechtspopulistische-diskursverschiebungen/>)
- 22 Leistner, Alexander/Böcker, Julia (2021): „Im Osten geht die Sonne auf“. Nostalgie als soziologische Erklärung der Gegenwart von Vergangenheit in Ostdeutschland? In: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 18, S. 133–139 ([http://fox.leuphana.de/portal/files/21731882/repo\\_21731825\\_oa\\_bysa.pdf](http://fox.leuphana.de/portal/files/21731882/repo_21731825_oa_bysa.pdf))
- 23 Siehe z. B. Quent, Mathias (2012): Mehrebenenanalyse rechtsextremer Einstellungen. Ursachen und Verbreitung in unterschiedlichen sozioökonomischen Regionen Hessens und Thüringens. Magdeburg: Meine-Verlag; Heller, Aylene u. a. (2022): Autoritarismus im sozioökonomischen Kontext: Eine Mehrebenenanalyse zur regionalen Verteilung autoritärer Einstellungen in Deutschland. In: Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022, hrsg. von Oliver Decker u. a. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 161–184 ([https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiess-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten\\_0.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiess-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten_0.pdf))
- 24 Manow, Philip (2019): Die politische Ökonomie des Populismus. Berlin: Suhrkamp, S. 95ff.

- 25 Wortlaut hier: <https://www.chronik-der-mauer.de/material/180417/fernsehansprache-von-bundeskanzler-helmut-kohl-zum-inkrafttreten-der-waehrungsunion-1-juli-1990>
- 26 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitsmarkt/lohnluenze-ost-west-100.html>
- 27 Maćków, Jerzy (2021): Der Sozialismus, die Zeitfenster seiner Transformation und der vorschnelle Wohlstand in den neuen Bundesländern: Warum schwieriger manchmal „besser“ bedeutet. In: (Ost) Deutschlands Weg. 80 Studien zur Lage des Landes, hrsg. von Ilko-Sascha Kowalczyk u. a. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 377–393, hier S. 389.
- 28 Begrich, David (2016): Hoyerswerda und Lichtenhagen: Urszenen rassistischer Gewalt in Ostdeutschland. In: Generation Hoyerswerda: Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg, hrsg. von Heike Kleffner/Anna Spangenberg. Berlin: BeBra-Verlag, S. 32–44.
- 29 <https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt98/erg/wkr/lt.30.ergtab.php>
- 30 Adorno, Theodor W. (2019): Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Berlin: Suhrkamp; Cantoni, Davide u. a. (2019): Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology ([https://epub.ub.uni-muenchen.de/60795/1/Cantoni\\_Hagemeister\\_Persistence\\_and\\_Activation\\_of\\_Right-Wing\\_Political\\_Ideology.pdf](https://epub.ub.uni-muenchen.de/60795/1/Cantoni_Hagemeister_Persistence_and_Activation_of_Right-Wing_Political_Ideology.pdf))
- 31 Schulz, Peter (2015): Fallstudie III: Kahla. In: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten, hrsg. von Matthias Quent/Peter Schulz. Wiesbaden: Springer VS, S. 151–209.
- 32 Budler, Kai (2020): Zwischen Gewalt, Rechtsrock und Kommerz. Der Multifunktionär Thorsten Heise. Erfurt: MOBIT ([https://mobit.org/Material/Mobit-Broschuere\\_ThorstenHeise\\_2020.pdf](https://mobit.org/Material/Mobit-Broschuere_ThorstenHeise_2020.pdf))
- 33 <https://jungle.world/artikel/2024/46/razzia-saechsische-separatisten-ss-saechsischer-sumpf>; <https://antifainfoblatt.de/aib60/rechte-gluecksritter-ostdeutschland>
- 34 Kollmorgen, Raj (2021): Rechtspopulismus in Ostdeutschland: Sieben Thesen zu seiner Formierung, Attraktivität und Ausprägung aus historisch-soziologischer Perspektive. In: Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten, hrsg. von Raj Kollmorgen u. a. Köln: Böhlau Verlag, S. 159–188.
- 35 Salzborn, Samuel (2019): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 19.
- 36 <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/Der-kopiert-mich,videoimport15898.html>
- 37 <https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/afd-bundestag-rechtsextreme-mitarbeiter-100.html>; <https://www.br.de/nachrichten/bayern/extremisten-wie-ernst-ist-es-der-afd-mit-ihrer-abgrenzung,URxW1En>; <https://taz.de/Streit-um-Unvereinbarkeitsliste/15981259/>; <https://www.deutschlandfunk.de/wohn-steuert-die-afd-100.html>; <https://www.fr.de/politik/afd-streitet-ueber-identitaeren-nachfolger-hoecke-wuetend-unvereinbarkeit-zr-92760653.html>
- 38 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-04/franco-a-afd-bundestag-jan-nolte>
- 39 <https://taz.de/AfD-schickt-Prepper-in-Kreistag/!6016413/>
- 40 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/stephan-ernst-mut-masslicher-luebcke-moerder-war-bei-afd-aktiv-a-474826c9-5fc3-4fd8-a992-7ab9d7904d74>
- 41 <https://taz.de/taz-Recherche-zu-rechtsextreme-Preppern/!5697625/>; <https://taz.de/Rechtsextreme-Reservisten/!5696421/>
- 42 <https://taz.de/Razzia-gegen-Reichsbuerger/!5898636/>
- 43 <https://taz.de/Festnahmen-von-Neonazis-in-Sachsen/!6046702/>
- 44 Der Rechte Rand (2020): Das IfS. Faschist\*innen des 21. Jahrhunderts. Einblicke in 20 Jahre „Institut für Staatspolitik“. Hamburg: VSA-Verlag.
- 45 Kellershohn, Helmut (2022): Die Partei und ihr Vorfeld. Das Konzept der Mosaik-Rechten. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (<https://www.diss-duisburg.de/2022/11/die-partei-und-ihr-vorfeld-das-konzept-der-mosaik-rechten>)
- 46 <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/12/27/afd-funktionaere-aus-bundestag-und-landtag-treffen-radikale-neonazi-gruppen-in-der-schweiz-scheinkandidatur-enthuellt/>
- 47 <https://correctiv.org/aktuelles/kandidierenden-check/2025/04/03/afd-unterwegs-in-grossbritannien-ziemlich-rechte-freunde/>
- 48 <https://www.stern.de/politik/identitaere-bewegung-mario-mueller-der-militante-arm-der-bewegung-34377114.html>; <https://taz.de/AfD-Mitarbeiter-Mario-Mueller/!5983336/>; <https://www.volksverpetzer.de/analyse/neonazi-mario-mueller/2/>
- 49 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-12/afd-sachsen-anhalt-andre-poggenburg-hdj-neonazi>
- 50 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-mitarbeiter-soll-mitglied-verbotener-rechtsextremer-organisation-gewesen-sein-a-000ef1fe-b48e-41f8-81f2-f64c7fb995f7>
- 51 <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/dessau/dessau-rosslau/rosslau-ortsbuergermeister-nothdurft-afd-102.html>
- 52 <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/jobmaschine-fuer-burschenschafter>; <https://www.apabiz.de/2019/alte-herren-fuer-deutschland/>
- 53 <https://lsa-rechtsaussen.net/sieg-heil-herr-hauptmann-rechte-prepper-in-der-bundeswehr/>; <https://taz.de/taz-Recherche-zu-rechtsextremen-Preppern/!5688563/>
- 54 <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/staatsanwaltschaft-wuerzburg-anklage-daniel-halemba-afd-volksverhetzung-geldwaesche>; <https://www.sueddeutsche.de/bayern/afd-bayern-halemba-par-teiausschluss-landtag-1.6319863>; <https://www.br.de/nachrichten/bayern/umstrittener-afd-abgeordneter-halemba-darf-in-partei-bleiben,UPrS5qC>
- 55 <https://www.ardmediathek.de/video/report-mainz/report-mainz-braune-burschenschaften-das-rechtsextreme-netzwerk-der-afd/das-erste/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZGxvbnZlWmNDk4OTQ>
- 56 Heither, Dietrich (2011): Stramm rechts: Die Deutsche Burschenschaft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2011, S. 111–119 (<https://www.blaetter.de/ausgabe/2011/oktober/stramm-rechts-die-deutsche-burschenschaft>)

- 57 <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/burschenschaftler-weidner-der-lange-schatten-des-verfassungsschutzes-a-942681.html>; <https://www.deutschlandfunk.de/streit-um-die-rechte-gesinnung-eines-burschenschaftlers-100.html> (zuletzt abgerufen am 1.4.2025); Mecklenburg, Jens (1996): Handbuch Deutscher Rechts-  
extremismus. Berlin: Espresso, S. 274–276.
- 58 <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-mainz/afd-burschenschaften-100.html>
- 59 Quent, Matthias (2020): Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können. München: Piper, S. 180.
- 60 <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/551839/rechtsextreme-diskursstrategien/#node-content-title-1>
- 61 <https://www.rbb24.de/politik/wahl/bundestag/2025/themen-wahlkampf-bundestagswahl-2025.html>
- 62 Krause, Werner u. a. (2023): Does accommodation work? Mainstream party strategies and the success of radical right parties. In: Political Science Research and Methods 11, Heft 1, S. 172–179 (<https://www.cambridge.org/core/services/aop-cambridge-core/content/view/5C3476FCD26B188C7399ADD920D71770/S2049847022000085a.pdf/does-accommodation-work-mainstream-party-strategies-and-the-success-of-radical-right-parties.pdf>); Greef, Samuel (2024): Wie umgehen mit rechtspopulistischen Akteuren? Bundeszentrale für politische Bildung (<https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/551872/wie-umgehen-mit-rechtspopulistischen-akteuren/>)
- 63 <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/bundestagswahl-analyse-104.html>
- 64 Adema, Joop/Alipour, Jean-Victor (2025): Steigert Migration die Kriminalität? Ein datenbasierter Blick. Ifo-Schnelldienst digital (<https://www.ifo.de/publikationen/2025/aufsatz-zeitschrift/steigert-migration-die-kriminalitaet-ein-datenbasierter-blick>); <https://kress.de/news/beitrag/149304-ueberraschende-aussage-eines-medienforschers-zeitungsberichte-aehneln-zunehmend-den-pressemitteilungen-der-afd.html>
- 65 <https://www.rnd.de/medien/afd-chefin-alice-weidel-bei-carenmiosga-eine-nicht-antwort-par-excellence-EBLXEEH6TRCNJE-6P7IDJSSLXP4.html>
- 66 <https://weact.campact.de/petitions/schluss-mit-lugen-live-fakten-check-bei-triell-mit-scholz-merz-und-weidel>
- 67 <https://www.freitag.de/autoren/stephan-hebel/tv-duelle-oeffentlich-rechtliche-sollten-der-afd-keine-buehne-bieten>
- 68 <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw08-de-aktuelle-stunde-meinungsfreiheit-990908?utm>; <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw18-de-aktuelle-stunde-meinungsfreiheit-839450?utm>
- 69 <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/massive-wohlstandverluste-befuerchtet-wirtschaft-warnt-vor-afd-plaenen/100107979.html>
- 70 <https://www.deuschertourismusverband.de/presse/detail/deutscher-tourismusverband-schlaegt-alarm-weltoffenheit-in-gefahr>
- 71 <https://tinyurl.com/5av4rvbr>
- 72 <https://www.frauenrat.de/nie-wieder-fuer-frauen-ist-die-afd-nicht-waehlbare/>
- 73 <https://www.buchenwald.de/newsroom/Aufruf-AG-KZ-Gedenkstaetten>
- 74 <https://taz.de/Analyse-der-Demos-gegen-Rechtsextreme!/5995645/>
- 75 <https://www.demokrateam.org/report/>
- 76 Vgl. Michael Sturm (2019): „Neutralität“ als Kampfbegriff. Herausforderungen für die politische Bildung in Zeiten des Rechtspopulismus. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung 1/2019, S. 37–40
- 77 Bundesverband Mobile Beratung e. V. (2019): „Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück“. Empfehlungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten und Kommunen, S. 9 (<https://bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2022/11/2019-BMB-MBR-Berlin-Kulturbuero-Sachsen-e.V.-Handreichung-Wir-Holen-Uns-Unser-Land-Und-Unser-Volk-Zurueck.pdf>).
- 78 Eine Synode ist ein Gremium von Vertreter\*innen, die die Gesamtheit der Kirchenmitglieder repräsentieren sollen. Sie besteht aus ernannten oder gewählten Laien und Geistlichen. Solche Synoden (nicht ganz zutreffend auch „Kirchenparlament“ genannt) entscheiden über wesentliche Fragen des kirchlichen Lebens.
- 79 <https://dserver.bundestag.de/btd/20/151/2015101.pdf>
- 80 <https://bundesverband-mobile-beratung.de/publikationen/appell-an-unionsfraktion-demokratie-lebt-von-debatten-verantwortung-und-vertrauen/>
- 81 Miehke, Marius (2021): Kleine Anfragen der AfD im Thüringer Landtag: zwischen rechten Identitätsthemen, Protestthemen-Piraterie und autoritären Gegenangriffen auf die Zivilgesellschaft und Demokratie. In: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und Rechtsextremismus, Band 10. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, S. 64–77 ([https://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/PDFS\\_WsD10/Beitrag\\_Marius\\_Miehke.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD10/Beitrag_Marius_Miehke.pdf)); Bereswill, Mechthild u. a. (2021): Feindselige Anfragen. Die Nutzung eines parlamentarischen Instruments zur Diskreditierung der Geschlechterforschung, in: Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Sonderheft 6, S. 108–122 ([https://www.genderopen.de/bitstream/handle/25595/2105/Bereswill\\_et\\_al..pdf](https://www.genderopen.de/bitstream/handle/25595/2105/Bereswill_et_al..pdf)); Sommer, Moritz/Ratzmann, Nora (2022): Bedrohte Zivilgesellschaft. DeZIM Research Notes 10, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) ([https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user\\_upload/Demo\\_FIS/publikation\\_pdf/FA-5334.pdf](https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-5334.pdf)).
- 82 <https://mobit.org/die-grenzen-der-zivilgesellschaft/>
- 83 Zählgemeinschaften sind temporäre Zusammenschlüsse von Fraktionen oder Gruppen in einem Parlament ohne feste Koalition, um bei Wahlen oder Sitzverteilungen gemeinsam mehr Einfluss zu erhalten.

## Impressum

### HERAUSGEBER

Bundesverband Mobile Beratung e. V.  
Heidestrasse 3  
01127 Dresden

0351 500 54 16

[kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de](mailto:kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de)

Printexemplare können per Mail unter  
[bestellung@bundesverband-mobile-beratung.de](mailto:bestellung@bundesverband-mobile-beratung.de)  
bestellt werden.

V.i.S.d.P.: Grit Hanneforth, Geschäftsführerin  
im Bundesverband Mobile Beratung e. V.

### REDAKTIONSSCHLUSS

Mai 2025

### REDAKTION

Dr. Nora Warrach (BMB), Heiko Klare (BMB), Kristina Backhaus (MBT Niedersachsen), Lukas Jocher (MBR Sachsen-Anhalt), André Aden (MBT Bremen), Timo Müller (MBR Rheinland-Pfalz), Stephan Jung (freier Autor)

### LEKTORAT

Joachim F. Tornau (Journalistenbüro Kassel)

### LAYOUT

DGA Design Gobber Albrecht GmbH

### URHEBERRECHTLICHE HINWEISE

© Copyright 2025 Bundesverband Mobile Beratung e. V.  
Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgebenden behalten

sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgebenden gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

### HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Die Hinweise in diesem Infoheft wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Diese Handreichung ersetzt keine individuelle (juristische) Beratung. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgebenden keine Gewähr.

### GENDERSTERNCHEN

Der BMB nutzt das sogenannte Gendersternchen (auch: Asterisk), um eine geschlechtergerechte Sprache abzubilden. Geschlechtergerechte Sprache hat zum Ziel, alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrer geschlechtlichen Identität einzubeziehen und gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, dass es mehr Geschlechtsidentitäten als weiblich und männlich gibt. Der Asterisk fällt auf und kann irritieren – genau das ist gewollt: Er soll zum Nachdenken anregen und die Vielfalt von Geschlechtern sichtbar machen.

### GEFÖRDERT VON



SEBASTIAN  
**COBLER**  
STIFTUNG für Bürgerrechte



**BUNDESVERBAND**  
**MOBILE BERATUNG**

